Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang Mittwoch, den 24. September 1919 Nr. 462 / A 252 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Bestellgebühr pro Mon. 5,— M., bei Zustellung unter Streifband 5,— M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Politische Krise in Italien.

Einberufung der italienischen Kammer verschoben.

Lugano, 23. September.

Nach einem Stefani-Bericht aus Rom wird durch Dekret vom 22. September die Einberufung der Kammer auf den 27. September verschoben.

Einberufung des Kronrates.

Bern, 23. September.

Die unerwartete Vertagung der italienischen Kammer und die Einberufung des Kronrates haben Bestürzung und zahlreiche Gerüchte hervorgerufen, die einerseits die Fiumaner Frage und die Antwort Wilsons betreffen, andererseits mit Meinungsverschiedenheiten zwischen Nitti und Tittoni und Gerüchten einer Kabinettskrise zusammenhängen. „Epoca" erklärt, die Einberufung des Kronrates habe ihren Grund darin, daß sich die Regierung des Heeres und der Flotte nicht mehr sicher fühle. „Secolo" hält diese Version für unglaubwürdig.

Bern, 23. September.

Die gesamte italienische Presse steht unter dem Eindruck der Einberufung des Kronrates und der Vertagung der Kammer bis zum 27. September. Als Beweis für die Schwierigkeit der Lage wird daran erinnert, daß selbst bei der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn die damalige Regierung von einer so außerordentlichen verfassungswidrigen Maßnahme abgesehen hat. Die Gegner Nittis betonen, daß die Einberufung des Kronrates einen Versuch des Ministeriums bedeutet, sich der Verantwortlichkeit angesichts der unerträglichen inneren und äußeren Lage des Landes zu entziehen. Eingeladen sind Luzzatti, Boselli, Giolitti, Sonnino und Orlando, die Heeresleitung und sämtliche Fraktionsführer, darunter Turati, dessen Teilnahme aber von der Zustimmung der Parteileitung der offiziellen Sozialisten abhängt. Tittoni wird eine Darstellung der Lage geben und Unterstützung für die jetzt eingeschlagene Politik fordern.

„Avanti" sieht in der Einberufung des Kronrates einen letzten Versuch der Regierung, einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Militaristen und dem Ruhebedürfnis des die Revolution fürchtenden Bürgertums zu finden.

Der Hafenarbeiterstreik.

Bremen, 23. September. (W. T. B.)

Wie uns aus Bremerhaven mitgeteilt wird, erstreckt sich der Streik der Bremer Hafenarbeiter in dem Unterweserhafen bislang nur auf die Fischdampferbesatzungen. Der Transportarbeiterverband teilt mit, daß die Hafenarbeiter in ihrer Versammlung beschlossen haben, sich nicht am Streik zu beteiligen, und daß diesem Beschlusse zufolge weitergearbeitet wird.

Wie die „P. P. N." melden, brachte das „Hamburger Echo" Dienstag einen scharfen Artikel gegen den Streik des Seemannsbundes. Darin wurde den Arbeitern angeraten, der Parole des Transportarbeiterverbandes, der den Streik verurteilt, Folge zu leisten. Der Streik ist ohne Bedeutung.

Dem steht die neueste Meldung gegenüber:

Stettin, 23. September.

Die hiesigen Seeleute sind aus Sympathie für die Hamburger und Bremer Seeleute in den Streik getreten.

Der amerikanische Metallarbeiterstreik.

New York, 22. September. (Reuter.)

Heute mittag gab der Sekretär des Nationalkomitees für Organisierung des Streiks der Eisen- und Stahlarbeiter, Foster, eine Zusammenstellung heraus, daß 284 000 Arbeiter streiken; davon 60 000 in Chicago und 30 000 in Cleveland. Ein weiterer Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Streikenden ereignete sich in Clairton. Es fand eine Anzahl von Verhaftungen statt. Verluste sind nicht eingetreten.

Amsterdam, 23. September.

Den englischen Blättern zufolge erklären die Führer der amerikanischen Streikorganisationen, daß der Streik der Metallarbeiter der größte sein werde, den Amerika je erlebt habe. Im Gegensatz dazu meldet die „Times" aus New York, daß im Bezirke von Pittsburg schätzungsweise nur 25 Prozent der Arbeiter streiken. Wie die „Times" weiterhin meldet, besteht guter Grund zur Annahme, daß die Führer nicht die große Masse der englischsprechenden Arbeiter hinter sich haben.

„Telegraaf" meldet aus London, daß zugleich mit den amerikanischen Metallarbeitern auch die englischen Eisengießer in den Ausstand getreten sind. Es haben bereits 50 000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, und es wird befürchtet, daß der Streik in wenigen Tagen auch auf die Maschinen- und Schiffbauindustrie in den Hauptmittelpunkten übergreifen wird. Sämtliche Arbeiter in der Eisengießerei des Arsenals von Woolwich haben die Arbeit niedergelegt.

London, 22. September. (Reuter.)

Die Vertreter der zum Arbeiterbunde gehörenden 35000 Angestellten der Bethlehemer Stahlgesellschaft haben beschlossen, sich vorläufig nicht am Streik zu beteiligen und zuerst das Ergebnis der am Donnerstag stattfindenden Beratung mit den Leitern der Gesellschaft abzuwarten.

Aufruf zur internationalen Solidarität.

Folgender Aufruf aus Paris, der dort unterdrückt wurde, wird im „Avanti" veröffentlicht:

An alle manuellen und geistigen Arbeiter!

Arbeiter, die Ihr gleichzeitig das nützliche Element und die Kraft versinnbildlicht, der Tag ist gekommen, an dem Ihr Euer Ideal vom Standpunkte der Vernunft und Eure Handlungen vom Standpunkt Eures Ideals beurteilen müßt.

Die Sache der Gerechtigkeit, die Sache der Gleichheit fordert die Zerstörung der alten, barbarischen Gesellschaftsordnung, die all das Elend, all den Ruin, all die Massakers hervorgebracht hat.

Seit dem Altertum sind die Arbeiter Sklaven geblieben, die Vorrechte haben nur ihren Namen geändert. Durch sechs Jahrtausende Geschichte sieht man die Massen der Lebenden — die die Kraft selbst sind — den Launen einiger Weniger ausgeliefert, sie leben und sterben für den Vorteil dieser Führer, für ihre Bereicherung, für ihren Sieg. Die gegenwärtige Gesellschaftsordnung beruht auf diesem ungeheuren Widersinn.

Erkennet die Gemeinheiten, die Haßausbrüche derjenigen, die keine Aenderung haben wollen und mit Gewalt oder mit Schlauheit die Zukunft auf dieser von der Vergangenheit übernommenen Ungeheuerlichkeit aufbauen wollen.

Reißt die Masken den „Neuen Demokraten" und den andern versteckten Formen der Reaktion herunter.

Arbeiter, Ihr habt recht, eine neue Staatsform zu schaffen, in der jeder, der zu hoch steht, erniedrigt, und jeder, der zu tief steht, erhöht wird, in der die Arbeit eine Pflicht und das Wohlleben ein Recht, eine Staatsform, die wirklich die Ordnung und den Frieden verkörpern wird.

Heute bedenket und verkündet die blutige und heuchlerische Koalition der internationalen Reaktion und der Großfinanz gegen Sowjetrußland.

Zwischen den Völkern der Erde war niemals und wird niemals der kleinste Interessengegensatz sein. Nur weil sie die Eroberung der Macht durch das Proletariat und die internationale Solidarität der Armen heiligte, nur weil sie wirklich und unverfälscht sozialistisch ist, aus keinem anderen Grunde ist die russische Republik so vielen Verleumdungen und so vieler Wut seitens der Machthaber des Kapitals und dessen Schergen ausgesetzt. Um Sowjetrußland zu zerschmettern, wurden bereits Milliarden ausgegeben, die Ihr zu zahlen habt. Hat Euch das unheilvolle Schauspiel der Intervention in Ungarn nicht die Augen geöffnet?

Ihr seid Mitschuldige, wenn Ihr teilnahmslos bleibt. Ladet nicht die Schande auf Euch, die Ermordung der heiligen Freiheit zugelassen zu haben, der Freiheit, die allen Menschen gemeinsam ist.

Volk der Erde, sei einig!

Man trennt Dich, nur um Dich zu beherrschen!

Das Manifest trägt die Unterschriften von Anatole France, Henri Barbusse, Viktor Curil, Georges Duhamel, Henri Jacques, Laurent Tailhade, Raymond Lefebre, Madelaine Marx, Séverine, Steinlein, Vaillant-Couturier.

Bullitts Enthüllungen.

Der Kampf, den Bullitt, der frühere Unterhändler der Entente in Rußland, gegen Lloyd George und Wilson aufgenommen hat, hält die Presse der Ententeländer andauernd im Atem. Es ist daher von großem Interesse, sich der Vorgeschichte dieses Falles zu erinnern. In der „Humanité" vom 18. September schreibt darüber Genosse M. Delepine folgendes:

„Im letzten Februar schien es, als ob sich die russische Politik der Alliierten ändern wollte. Sie hatten vorgeschlagen, eine diplomatische Konferenz nach Prinkipo zusammenzurufen. Lenin nahm das an.

Später teilte die „Humanité" mit, daß von Sowjet-Rußland Friedensangebote gemacht worden seien.

Heute bestätigt Herr Bullitt, der amerikanische Kommissar bei der Friedenskonferenz, in seiner Aussage vor dem Komitee des amerikanischen Senats für die auswärtigen Angelegenheiten die „Indiskretionen" der sozialistischen Zeitungen. Er stellt unbekannte Details fest, die ein helles Licht auf die Rolle unserer Staatsmänner werfen. Herr Clemenceau ist unerreicht in seiner Glorie. Nichts verhüllt seine Feindseligkeit gegen das Sowjet-Rußland.

Aber Herr Lloyd George erscheint nicht besser, es sei denn, daß die Lüge eine wirksame Waffe des Staatsmannes wäre, und daß es einem Minister verboten wäre, aufrichtig zu sein.

Am Sonnabend begann Herr Bullitt vor dem Senatskomitee seine Enthüllungen. Er erinnerte daran, daß England und die Vereinigten Staaten die Konferenz von Prinkipo vorgeschlagen hatten. Herr Clemenceau schloß sich nach kurzem Protest dem Projekt an, aber unter dem Vorbehalt, daß Frankreich Denikin und Konsorten unterstützen werde, wenn sie den Vorschlag nicht annähmen.

Lloyd George und der Oberst House hatten für den 24. Februar eine Zusammenkunft organisiert. Am 19. wurde jedoch Clemenceau verwundet und Lloyd George verzichtete darauf, unserm Premier zu opponieren. Er gab jedoch nicht die Absicht auf, Verhandlungen mit Sowjet-Rußland anzuknüpfen. In Uebereinstimmung mit dem Präsidenten Wilson und ohne das Wissen Frankreichs beschloß er, nach Rußland einen Diplomaten zu entsenden, der die Friedensbedingungen Lenins überbringen sollte. Herr Bullitt wurde dazu ausersehen.

Aber Lloyd George tat mehr. So groß war sein Wunsch nach Frieden, daß er Herrn Bullitt ein Dokument übergab, das jeden offiziellen Charakters entkleidet und eigenhändig von seinem Privatsekretär Philipp Kerr geschrieben war und das einige Friedensvorschläge enthielt.

Unter folgenden Bedingungen wollte Lloyd George mit Lenin verhandeln:

Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten; die Regierung behält die Kontrolle über die Gebiete, die sie besetzt hat.

Die Eisenbahnen und die Häfen werden geöffnet und die Staatsangehörigen der Alliierten haben ungehinderte Passage durch Rußland.

Allgemeine politische Amnestie auf beiden Seiten.

Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und der übrigen Welt.

Zurückberufung der alliierten Truppen mit dem Beginn der Demobilisation der russischen Armee."

Das war die persönliche Auffassung von Lloyd George über die mit Rußland zu vereinbarenden Friedensbedingungen. Wie wir aber aus einer späteren Nummer der „Humanité" entnehmen, hat Bullitt von Kerr, dem Privatsekretär Lloyd Georges, erfahren, daß auch Balfour genaue Kenntnis von der Note gehabt habe.

In dem Artikel des Genossen Delepine heißt es dann weiter:

„So versehen, reist Bullitt nach Rußland. Er kommt im März zurück und überreicht sofort Lloyd George ein Exemplar seines Berichts und der Friedensangebote Lenins.

Lenin setzte elf hauptsächliche Friedensbedingungen fest:

1. Die auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches gebildeten Regierungen behalten ihre Macht in den von ihnen besetzten Gebieten, bis die Bewohner selbst über die von ihnen gewünschte Regierungsform entschieden haben.

2. Keine dieser Regierungen soll eine andere mit Gewalt zu stürzen versuchen.

3. Aufhebung der Blockade Rußlands.

4. Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.

5. Alle in Rußland vorhandenen vor nach Rußland eingeführten Produkte sollen allen Bevölkerungsklassen ohne Unterschied zugänglich gemacht werden.

6. Vollständige und gegenseitige politische Amnestie mit Einschluß der Soldaten.

7. Die Truppen der Verbündeten werden zurückgezogen.

8. Gleichzeitige Demobilisation der Sowjet-Armeen wie der antibolschewistischen Heere.

9. Alle russischen Regierungen erkennen die finanziellen Verpflichtungen des ehemaligen Russischen Reichs an.

10. Freiheit des Wohnsitzes und des Verkehrs für alle Russen in Rußland.

11. Die Kriegsgefangenen werden in ihre Heimat entlassen.

Als Lloyd George diese Bedingungen erfuhr, erklärte er sich zufriedengestellt. Ebenso wie der Oberst House, Orlando und General Smuts war er der Ansicht, daß Bullitt sie veröffentlichen sollte. Aber Präsident Wilson widersetzte sich dem. Er fand schnell in seinem Gegner von gestern einen Verbündeten. Plötzlich wechselte Lloyd George seine Meinung. Bei einem Frühstück, an dem Bullitt, General Smuts, Lord Robert Cecil und Herr Kerr teilnahmen, erklärte der Premier, daß er über einen Artikel der „Daily Mail" erregt sei. Er hatte gehört, daß Lord Northcliffe und Winston Churchill ein reaktionäres Komplott gegen sein Ministerium vorbereiteten, und zwar gerade aus Anlaß des russischen Friedens.

Eine Woche später erklärte er öffentlich im Unterhaus, daß er von den angeblichen russischen Friedensangeboten nichts wisse. Der Streich war geglückt. Bis auf Bullitt, der nachher sagte, daß er hier das ungeheuerste Beispiel eines Täuschungsmanövers erblicke. Später versicherte er im Senatskomitee, daß man nicht das mindeste Vertrauen in die öffentlichen Erklärungen Lloyd Georges setzen dürfe.

Die Enthüllungen Bullitts haben, wie es scheint, im amerikanischen Senat Aufsehen erregt; die republikanische Opposition fühlt sich gestärkt in demselben Maße, wie das Ansehen Wilsons gemindert erscheint. Bullitt hatte seine Entlassung als Mitglied der amerikanischen Kommission gegeben. Er schrieb in diesem Augenblick einen offenen Brief an Wilson, in dem er ihm vorwarf, daß er das von den Demokraten ihm entgegengebrachte Vertrauen verrate.

Vor dem Komitee präzisierte Bullitt seine Anklagen; er bestätigte, daß Lansing, der General Bliß, White und selbst Oberst House ihre Unzufriedenheit ausgesprochen hätten. Lansing denkt, daß die von den Großmächten und in ihrem Interesse geschaffene Liga der Nationen ohne jeden Nutzen sein wird.

Aus den Erklärungen Bullitts ersehen wir vor allem, daß Friedensvorbesprechungen mit Rußland von England und den Vereinigten Staaten für nötig erachtet wurden, daß die russischen Bedingungen den Staatsmännern, die sie kannten, annehmbar erschienen, und daß nur die Furcht vor der jingoistischen Opposition Lloyd George zurückhielt.

Heute verstärkt sich die Opposition von links. Das beweist die Wahl Hendersons. Die englischen Zeitungen kündigen uns eine neue Regierungspolitik an."

Soweit Genosse Delepine über den Fall Bullitt. Es erweist sich also, daß die Friedensverhandlungen mit Rußland, die im Frühjahr auf bestem Wege waren, durch innerpolitische Treibereien in England vereitelt wurden, vor denen Lloyd George kapitulierte, um sich an der Macht zu erhalten. Solange man sich in England noch der Hoffnung hingab, die militärische Intervention erfolgreich zu Ende zu führen, hätten Bullitts Enthüllungen kaum besonderen Anklang gefunden. Jetzt jedoch, wo sich die Erfolglosigkeit der Entente-Intervention in Rußland immer deutlicher zeigt und die Arbeitermassen stürmisch die Einstellung des russischen Abenteuers und die Abberufung der Truppen aus Rußland verlangen, gewinnen Bullitts Enthüllungen den Charakter eines ersticklassigen politischen Ereignisses, das die gesamte innere und äußere Politik Englands in starkem Maße beeinflussen dürfte.

Entwirrungsversuche.

Amsterdam, 28. September.

Laut „Telegraaf" meldet die „Times" aus Newyork, daß der Pariser Korrespondent der „New York Times" in einem langen Telegramm auseinandersetzt, wie das Gerücht entstanden ist, daß der Oberste Rat der Friedenskonferenz beschlossen habe, die Politik, die England gegenüber Rußland befolgt, zu unterstützen. Lloyd George, Churchill und andere britische Minister hatten miteinander in Paris über die russische Frage beraten. Das Communiqué über das Ergebnis dieser Beratungen wurde später irrtümlicher Weise als eine Mitteilung über die Besprechungen des Obersten Rates angesehen.

Rückkehr der tschechischen Truppen aus Sibirien.

Amsterdam, 23. September.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat beschloß die Heimbeförderung der tschechischen Truppen aus Sibirien, insgesamt 50 000 Mann. England, die Vereinigten Staaten und Frankreich werden die dazu nötigen Schiffe stellen.

Eine Kundgebung der Sowjetregierung.

H. N. Haag, 23. September.

Hollandsch Nieuwsbureau meldet aus London: In der Londoner Presse wird eine Kundgebung der Sowjetregierung veröffentlicht, in der gesagt wird, daß die Bolschewisten Denikin nicht mehr zu fürchten hätten. Weiter wird erklärt, das russische Volk wisse sehr wohl, wie Koltschak gegen die Sowjetregierung operiere, daß er aber zurückgeworfen wurde und die Sowjettruppen ihn bis nach Sibirien verfolgen. Die Schwäche der Sowjetregierung gegen Denikin habe darin bestanden, daß man nicht schnell genug mit den Banden Grigoriews abgerechnet habe. Diese Regimenter hätten die Nachhut der Sowjettruppen geschlagen und dadurch die Front erschüttert. Außerdem habe die Führung der Sowjettruppen nicht genügend mit den Gefahren an der Südwestfront gerechnet. In der Kundgebung heißt es dann:

Wer schläft, ergibt sich freiwillig in die Hände seiner Feinde. Die Fabriken sollen wieder in Betrieb gesetzt werden. Eine geregelte Arbeit wird die Niederlage Denikins zur Folge haben.

Die zaristische Mörderliga in Stockholm.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Die in dieser Woche in Stockholm abgehaltene zweite Gerichtsverhandlung mit der zaristischen Mörderliga hat im wesentlichen, außer einigen sensationellen Neuheiten, über die bereits berichtet worden ist, nichts Neues zu Tage gefördert. Der Polizeirapport der Voruntersuchung ist bereits auf über 500 Seiten angeschwollen und ist noch immer nicht abgeschlossen. Zur weiteren Beweisaufnahme ist das Verfahren auf einige Wochen vertagt worden. Recht eigenartig muten im Rapport die Stellen an, wo über die Beziehungen mit einzelnen Personen der hiesigen Ententegesandtschaften die Rede ist. Von diesen Stellen ist aber bereits jegliche Gemeinschaft mit der Sekte „Militärische Organisation zur Wiedererrichtung des russischen Kaisertums" in Abrede gestellt worden. Man kann sich des Eindruckes trotzdem nicht erwehren, daß in diesem Punkte die Affäre noch in Nebel gehüllt ist.

Die erschwindelte Kriegserklärung.

Wir haben bereits ausführlich dargestellt, wie das größte Verbrechen der Geschichte, die Entfesselung des Weltkrieges, in Wien und Berlin angezettelt worden ist. Die Wiener Schurken wollten von Anfang an den Krieg; machen konnten sie ihn nur, weil ihnen Wilhelm von Anfang an in seiner frivolen Gewissenlosigkeit freie Hand gab, weil er mit der Entfesselung des europäischen Krieges einverstanden war! Nachdem die österreichischen Verbrecher diese Zustimmung hatten, haben sie dann mit schurkischem Raffinement die Sache zu Ende geführt. Wie sie dabei zu Werke gegangen sind, zeigt die Art, wie der Graf Berchtold, der Minister des Auswärtigen, dem Kaiser Franz Josef die Kriegserklärung abgeschwindelt hat.

Am 28. Juli legte Berchtold dem Kaiser einen „Immediatbericht" vor, in dem er den Vorschlag macht, sofort an Serbien den Krieg zu erklären. Begründet wurde dies in folgender Weise: „Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Tripleententemächte noch einen Versuch machen könnten, eine friedliche Beilegung des Konflikts zu erreichen, wenn nicht durch die Kriegserklärung eine klare Situation geschaffen wird." Berchtold drängte also den Kaiser, sofort den Krieg zu erklären, damit es der Entente nicht gelinge, den Frieden zu retten! Und dem Volke hat man eingeredet, daß der Krieg uns durch die Entente aufgezwungen worden sei!

Um nun den Kaiser leichter dazu zu bringen, die Kriegserklärung zu unterschreiben, hat Berchtold den Kaiser einfach betrogen. Er berichtete dem Kaiser nämlich folgendes:

Einer Meldung des 4. Korpskommandos zufolge haben serbische Truppen von Donaudampfern bei Temes-Kubin gestern unsere Truppen beschossen und es entwickelte sich auf die Erwiderung des Feuers hin ein größeres Gepläukel. Die Feindseligkeiten sind hiermit tatsächlich eröffnet worden und es erscheint daher um so mehr geboten, der Armee in völkerrechtlicher Hinsicht jene Bewegungsfreiheit zu sichern, welche sie nur bei Eintritt des Kriegszustandes besitzt.

Dementsprechend ließ Berchtold den Kaiser die Kriegserklärung unterschreiben, in der es ausdrücklich hieß:

Die k. u. k. Regierung sieht sich gezwungen, selbst ihre Rechte und Interessen zu wahren und zu diesem Zwecke zur Waffengewalt Zuflucht zu nehmen, und dies um so mehr, als serbische Truppen schon bei Temes-Kubin eine Abteilung der k. u. k. Armee angegriffen haben.

Nachdem der Kaiser die Kriegserklärung in dieser Fassung unterschrieben hatte, strich Berchtold den Hinweis auf das Gefecht bei Temes-Kubin aus dem Aktenstück heraus, schickte die Kriegserklärung in der auf diese Weise abgeänderten Fassung ab und meldete diese nachträgliche Aenderung dem Kaiser in folgender Weise:

Allergnädigster Herr!

Nachdem die Nachrichten von einem Gefecht bei Temes-Kubin keine Bestätigung erfahren haben, hingegen bloß eine Einzelmeldung über ein geringfügiges Geplänkel bei Gradiste vorlag, die wohl nicht geeignet erschien, zur Begründung eines gewichtigen Staatsaktes herangezogen zu werden, habe ich es in Anhoffnung der nachträglichen allerhöchsten Genehmigung Eurer Majestät auf mich genommen, aus der an Serbien gerichteten Kriegserklärung den Satz über den Angriff serbischer Truppen bei Temesvar-Kubin zu eliminieren.

In tiefster Ehrfurcht Berchtold

Wien, am 29. Juli 1914.

Der Vorgang ist klar: Das Gefecht bei Temes-Kubin hat nie stattgefunden. Berchtold hat es einfach erfunden, um den Kaiser leichter dazu zu bringen, daß er die Kriegserklärung unterschreibe.

Die „Wiener Arbeiterzeitung" sagt zu diesem Verfahren: Der Erzschurke hat nicht nur das Volk, er hat auch den Kaiser betrogen! Und das Schicksal der Welt hing davon ab, ob sich der vierundachtzigjährige Mann betrügen ließ! Dafür, für diesen bewußten Betrug, muß Berchtold unbedingt ins Zuchthaus oder eigentlich an den Galgen!

Wir möchten aber fragen, ob nicht auch das deutsche Volk die Pflicht hätte, seine Verbrecher endlich zur Verantwortung zu ziehen.

Der Fall Reinhard.

Die Beschwindelung der Oeffentlichkeit.

Zu dem „einstimmigen Vertrauensvotum" für den Obersten Reinhard teilt der „Vorwärts" noch folgende Einzelheiten mit:

„Von zehn ins Reichswehrministerium berufenen Vertrauensleuten haben vier, deren Namen uns bekannt sind, in der Vorbesprechung Herrn Major von Gilsa gegenüber erklärt, daß die Angaben Neuendorfs im „Vorwärts" der Wahrheit entsprechen. Insbesondere haben sie bestätigt, daß Oberst Reinhard vor versammelter Mannschaft die Regierung als „Gesindel", Erzberger als einen „Lumpen" bezeichnet hat. In der Unterredung mit Noske hat einer von den vieren diese Aussagen wiederholt, die andern drei hatten keine Gelegenheit dazu. Ein fünfter Vertrauensmann hat erklärt, daß er sich des Vorgangs nicht mehr erinnern könne, die fünf übrigen, daß sie bei den betreffenden Anlässen nicht zugegen gewesen sind.

Weit entfernt also, mit einem Vertrauensvotum für Oberst Reinhard geendet zu haben, hat die Unterredung im Reichswehrministerium vielmehr den vollen Beweis der Wahrheit für die im „Vorwärts" erhobenen Anschuldigungen erbracht."

So weit, so gut. Und daß der „Vorwärts" selbst die Verlogenheit, die das rechtssozialistische Regierungssystem auszeichnet, aufdecken muß, ist ganz nett. Aber wie ist's denn mit der Klage, zu der der „Vorwärts" den Herrn Obersten zwingen wollte, warum sagt er denn dazu nichts mehr? Hat er sich endgültig damit abgefunden, daß der Oberst seinem Noske, und Noske den monarchistischen Offizieren erhalten bleibt?

Massenverhaftungen von Kommunisten in Halle.

Halle, 22 September. (Eig. Ber.)

Heute vormittag wurden auf Grund richterlichen Haftbefehls der Vorsitzende und mehrere Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe der Kommunistischen Partei verhaftet, weil sie beschuldigt sind, zwei vor kurzem hier festgenommene Münchener Kommunisten zur Begehung eines Verbrechens aufgefordert bzw. durch Rat und Tat wissentlich dazu Hilfe geleistet zu haben. Nach der Behauptung der Kriminalpolizei waren die beiden Münchener Kommunisten beauftragt, den berüchtigten Polizeispitzel Hartung zu beseitigen. Der Plan kam nicht zur Ausführung, weil Hartung inzwischen wegen Betrügereien und schwerer Urkundenfälschung festgenommen wurde. Unser Parteiorgan, das „Hallesche Volksblatt", bemerkt zu dem vorläufig nur in den Köpfen der Polizei spukenden Mordplan, daß es sich ganz sicher um solche „Kommunisten" handle, wie sie in München beim Geiselmordprozeß festgestellt worden sind. Das geht schon daraus hervor, daß einer der beiden „Kommunisten" neulich nachts einen Raubüberfall auf einen Arbeiter unternommen hat.

Diese kurze amtliche Meldung gibt der „Halleschen Zeitung", einem antisemitischen Hetzorgan allerübelster Sorte, willkommene Veranlassung, von einem kommunistischen Hexenkessel in Halle zu faseln und mit riesengroßen Lettern die kühne Behauptung aufzustellen, die Meuchelmörder seien aus München bestellt, um nicht nur den Spitzel Hartung, sondern auch eine Reihe führender Persönlichkeiten der bürgerlichen Parteien mit Gewalt aus dem Wege zu räumen, d. h. zu ermorden. Die Erledigung habe dem „Revolutionstribunal" in Halle eine nach russischem Muster geschaffene Einrichtung der hiesigen K. P., an der auch — eine freche Lüge! — bekannte Mitglieder der hiesigen U. S. P. interessiert sind, obgelegen. Nach der in der sensationellsten Form aufgemachten Meldung hat es sich anscheinend um eine „Mordaktion größeren Umfanges" gehandelt; denn aus einem Briefe, den man bei den beiden „Kommunisten" gefunden haben will, soll hervorgehen, daß man größere Quanten von Morphium und Chloroform von München nach hier „angefordert" habe. (Diese Mären gehen jetzt bereits durch die ganze bürgerliche Presse.)

Verhaftet wurden im Laufe des heutigen Tages der Vorsitzende der K. P., Steinbrecher, der Kassierer Schmidt, ferner die Mitglieder Engel, Schnur, Göhre, Kaiser, Tietsch, Frau Germeh und Emmy Hoffmann. Daß bei den Genannten große Mengen von Flugblättern „gefunden" wurden, ist wohl selbstverständlich. Das „Revolutionstribunal" besteht, wie das Junkerblatt weiter „hört", bereits seit geraumer Zeit in Halle, und es ist „zweifellos", daß es sich um den Plan weitläufig organisierter politischer Verbrechen handelte, die in Zusammenhang mit Putschaktionen in nächster Zeit zur Ausführung kommen sollten.

Der Eingeweihte erkennt sofort, daß es sich hier um einen wohlvorbereiteten Plan handelt, allerdings aber um einen solchen der Gegenrevolution. Das ganze ist das Werk von Lockspitzeln, womit die Schandtaten der bürgerlichen Meuchelmörder versucht und die Arbeit der monarchistischen Gegenrevolution bedeckt werden soll. Nach einem wohlvorbereiteten Plane ist — wie erinnerlich — vor einigen Monaten in Halle der Matrose Karl Meseberg von einem feudalen Offizier und gedungenen Mordgesellen unter dem „Schutze" des Belagerungszustandes nachts aus der Wohnung geschleppt, ermordet und seine Leiche in die Saale geworfen worden. Er war nach Meinung der Meuchelmörder „Spartakist" und stand als erster auf einer Liste von führenden Mitgliedern der Unabhängigen und Kommunistischen Partei, die gewaltsam beseitigt werden sollten. Der Mörder, dessen genaue Personalien dem zuständigen Gericht mitgeteilt worden sind, hat Gelegenheit gefunden, nach dem Beispiel Vogels nach Holland, und von da nach Amerika zu entfliehen. Eine ganze Reihe von Personen, die zu den „besten" und „höchsten" Kreisen Halles zählen, wurden dem Gericht — nebst einer genauen Darstellung der Vorgänge bei der feigen Mordtat — mitgeteilt als Helfershelfer und Begünstiger. Ein halbes Jahr ist seit der Mordtat an einem „Spartakisten" verflossen, nichts ist bisher bekannt geworden, was darauf schließen ließe, als geschehe etwas zur Bestrafung der vornehmen Mörder. Das „Hallesche Volksblatt" hat jetzt angekündigt, daß es den Schleier des Geheimnisses lüften werde, deshalb: — der kommunistische Hexenkessel, die bestellten Meuchelmörder von München usw. Mit Verhaftungen ist man nur schnell zur Hand, wenn es sich um Kommunisten und Unabhängige handelt.

Politische Nachrichten.

Wie aus Wien gemeldet wird, ist in der Kohlenversorgung immer noch keine Besserung eingetreten. Es wird mit der tschechischen Regierung über Kohlenlieferungen verhandelt. Bis diese Verhandlungen abgeschlossen sind, ist mit einer weiteren Verschlimmerung der Situation zu rechnen, die auch auf den Eisenbahnverkehr übergreifen droht. Für Mitte Oktober, spätestens Anfang November sollen von amerikanischer Seite 200 000 Tonnen amerikanischer Kohle für Wien geliefert werden. Die infolge der Kohlenknappheit eingetretene Notlage läßt, wie die „Arbeiterzeitung" vom Staatsamt für Oeffentliche Arbeiten erfährt, das Schlimmste befürchten. Zehn Lebensmittelzüge, die auf der Südbahn nach Wien gehen sollten, konnten ihren Bestimmungsort nicht erreichen.

Die schwierige ökonomische Lage im neuen Polen wird scharf beleuchtet durch die Meldung von großen Arbeitslosendemonstrationen in Lodz, dem polnischen Industriezentrum. Die Demonstrationen verliefen sehr stürmisch. Ein Delegierter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten wurde überfallen. Beim Zusammenstoß mit der Polizei kam es zu blutigen Zwischenfällen, die mehrere Tote und Verwundete forderten.

Im Erzbecken des französischen Moselgebiets ist ein Streik ausgebrochen, insbesondere in Ste. Marie-aux-Chênes, Roncourt und Pierre-Lierre. Es sind Einigungsverhandlungen im Gange.

Volksabstimmung für Teschen. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat den Bericht der Sonderkommission für Teschen genehmigt. Die Volksabstimmung soll in drei Monaten stattfinden.

Die „Times" meldet aus Lima, daß der gesamte Verkehr auf der zentralen Bahn in Peru stilliegt. Auch im Hafen von Callao ruht alle Arbeit. Ebenso sind die Warenhausangestellten in Lima in den Ausstand getreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß demnächst der Generalstreik verkündet wird.

In Stettin sind die Arbeiter der Hauptgasanstalt Dienstag mittag wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Die Bewegung in der Metallindustrie

Aus dem Bureau des Metallarbeiterverbandes wird uns mitgeteilt:

Die Generalversammlung der Metallarbeiter hat beschlossen, dem Streik eine breitere Grundlage zu geben. Diejenigen Kollegen, die bei den Firmen des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigt sind, und sich am Lohnkampf beteiligen wollen, werden aufgefordert, sich täglich in der Zeit von 10—12 Uhr im Bureau, Linienstr. 83—85, Sitzungssaal, zu melden.

Auf den vorstehenden Beschluß der Generalversammlung hin haben sich bereits am Dienstag, den 23. d. M., früh 10 Uhr, Kollegen von zirka 30 Betrieben zur Teilnahme am Kampf gemeldet.

Bei den schon im Streik befindlichen Firmen hat die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten sich erhöht.

Wir fordern die streikenden, bzw. ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen auf, sich binnen 7 Tagen bei den Krankenkassen als Selbstzahler zu melden, damit diese Kollegen im Krankheitsfalle in den Genuß der vollen Leistungen der Krankenkassen kommen.

Wie festgestellt wurde, sperren die Unternehmer unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen auch die über 50 Prozent Kriegsbeschädigten aus; so bei der Firma A. E. G. und Osram. Die Firmen sind sich der Ungesetzlichkeit ihrer Handlungsweise bewußt. Wir fordern die ausgesperrten Kriegsbeschädigten auf, ihre Rechte durch Beschwerde beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zu wahren.

Es wird der Versuch gemacht, Arbeiter als Streikbrecher zu benutzen; insbesondere wird dieser Versuch bei den Transportarbeitern gemacht. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, sich nicht mißbrauchen zu lassen.

In einzelnen Fällen werden die Arbeiterausschüsse der Betriebe in ihrer Tätigkeit behindert. Wir fordern unsere Kollege auf, sich energisch dagegen zu wehren. Die Firma Borsig hat den Versuch gemacht, den Arbeiterrat Koch zu maßregeln. Auf den entschiedenen Einspruch der Gesamtarbeiterschaft des Werkes wurde die ausgesprochene Entlassung zurückgenommen.

Deutscher Metallarbeiterverband.
Die Fünfzehnerkommission.
Oscar Rusch.

•

An die Vertrauensleute in der Metallindustrie!

Im Hinblick auf den Streik der Arbeiter in der Metallindustrie halten wir es für notwendig, mit unsern Vertrauensleuten in eine Aussprache einzutreten. Diese wird voraussichtlich am Donnerstag stattfinden. Weitere Mitteilungen sind in der Zeitung zu beachten! Zentralverband der Angestellten.

Zur Abwehr!

Der „Vorwärts" gibt in seinem Bericht über die Generalversammlung der Metallarbeiter in der Morgenausgabe vom Dienstag unter Sperrdruck folgenden Satz aus meiner Rede bekannt: „... ein Generalstreik der Metallarbeiter könne niemals in einer Generalversammlung beschlossen werden, sondern nur durch Urabstimmung in den Betrieben von den beteiligten Arbeitern."

Daran anschließend erlaubt sich die Redaktion folgenden Drecksschwanz:

„Es ist merkwürdig, wie Menschen schnell und gründlich ihre Anschauungen je nach ihren Bedürfnissen wechseln können. Derselbe Rich. Müller, der gestern die Urabstimmung als notwendige Voraussetzung des Streikbeschlusses bezeichnete, beschimpfte im März d. J. jeden Mehrheitssozialisten, der bei dem damaligen Streik dasselbe forderte, als Verräter, Gegenrevolutionär usw. Rich. Müller, Paul Neumann u. Co. haben sich in diesem Punkte schnell bekehrt, sie beten heute an, was sie vor einem halben Jahre verfluchten. Hoffentlich folgt in anderen Dingen die Einsicht ebenso nach."

Mich widert jede Auseinandersetzung mit Leuten vom Schlage der gegenwärtigen „Vorwärts"-Redaktion an. Bereits im Februar d. J. sah ich mich gezwungen, einen „Vorwärts"-Redakteur öffentlich in einer Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte als gewerbsmäßigen Ehrabschneider zu brandmarken. Seit jener Zeit haben sich die Zustände in der „Vorwärts"-Redaktion noch weiter verschlechtert. Jede Gelegenheit wird benutzt, um politische Gegner in der niedrigsten Weise herunterzureißen; und wenn sich der Angegriffene wehrt und den wahren Sachverhalt mitteilt, dann wird das von der „Vorwärts"-Redaktion unterschlagen, wie es letzhin bei dem Angriff Reinknechts gegen mich der Fall war.

Obige, von der Redaktion des „Vorwärts" angehängte Bemerkung beweist aufs neue, wie recht ich mit meiner Charakterisierung der „Vorwärts"-Redaktion im Februar gehabt habe. Der „Vorwärts"-Redaktion muß bekannt sein, daß ein Streik der Berliner Metallarbeiter (von einem Generalstreik habe ich gar nicht gesprochen) genau nach den Bestimmungen des Statuts des Metallarbeiter-Verbandes geführt werden muß, wenn er vom Vorstand gebilligt und finanziert werden soll. Dazu gehört die im Statut vorgesehene Urabstimmung in den Betrieben. Würde die Berliner Organisationsleitung auch nur den kleinsten Verstoß gegen diese Bestimmung zulassen, dann hätte der Vorstand die erwünschte Gelegenheit, den Streik zu sabotieren. Aber auch die Drahtzieher der Rechtssozialisten warten nur auf eine solche Gelegenheit, um die ihnen verhaßte Organisationsleitung, wie auch den Streik, unmöglich zu machen. Wenn ich jetzt den Berliner Metallarbeitern empfehle, alle Bestimmungen des Statuts genau zu beachten, so mag das wohl der „Vorwärts"-Redaktion unangenehm sein, die Arbeiterschaft wird aber meine Haltung voll zu würdigen wissen.

Ob bei einer politischen Massenaktion, die Millionen von Menschen erfaßt, eine Urabstimmung in den Betrieben technisch überhaupt möglich ist, oder ob hier zum Vorteil der Gesamtheit gegriffen werden muß — das übrigens gar nicht den Grundsätzen der Demokratie widerspricht —, war früher innerhalb der Sozialdemokratie keine Streitfrage. Auch die Rechtssozialisten waren im März d. J. anfangs der politischen Massenaktion dieser Meinung. Erst während des Streikes wurde von den Drahtziehern der Rechtssozialisten diese Frage zu einer Streitfrage gemacht, lediglich, um die politische Massenaktion unmöglich zu machen. Solange die Vollversammlung der Arbeiterräte den Wünschen der Rechtssozialisten nachkam, galt sie auch für diese als höchste Instanz der Berliner werktätigen Bevölkerung zur Entscheidung über eventl. Aktionen. Als sich jedoch die Mehrheit der Vollversammlung nach links verschob, sprachen die Rechtssozialisten ihr diese Kompetenz ab.

Diesem verräterischen Treiben bin ich damals scharf entgegengetreten, und werde das auch in Zukunft tun. Ich habe also keine Veranlassung, meine Anschauung je nach den Bedürfnissen zu wechseln, sondern die Leute im „Vorwärts" benutzen jede Gelegenheit, ihre Bedürfnisse nach Verleumdung politischer Gegner zu befriedigen und dem revolutionären Proletariat Hindernisse in den Weg zu legen.

Rich. Müller.

Die Lügner strafen sich Lügen.

Wolff-Bureau meldet aus Braunschweig:

Nach auswärtigen Pressestimmen soll in Braunschweig eine völlig spartakistische Herrschaft bestehen. Es ist leider nicht festzustellen, wer derartige Alarmnachrichten, die nur den Zweck verfolgen können, den Freistaat Braunschweig in Mißkredit zu bringen oder die spartakistischen Bestrebungen in andern Staaten zu fördern, in Umlauf setzt. So soll es bereits zu größeren Straßenkämpfen, Plünderungen und fortwährenden Straßendemonstrationen gekommen sein.

Ferner wird die Nachricht verbreitet, sämtliche staatlichen Gebäude seien militärisch besetzt. Alle diese Dinge treffen nicht zu. Außer einer Zusammenrottung vor dem Hauptbahnhof, die durch eine kleine Abteilung Militär ohne Blutvergießen zerstreut wurde und außer einem Angriff auf einen Posten ist nichts vorgekommen. Nur das Gebäude des „Volksfreund" wird militärisch beschützt, da seine rechtsmäßigen Besitzer es wieder in Besitz genommen haben. Das Gebäude ist am 9. November 1918 durch gewaltsame Wegnahme in unabhängig-kommunistische Hände geraten. Im übrigen herrscht vollständige Ruhe. Eisenbahn und Straßenbahn verkehren wie sonst, haben auch ihren Betrieb bisher nicht eingestellt. Alle Läden sind offen. Das Handels- und Verkehrsleben wickelt sich wie gewohnt ab. Die Regierung hat verschärfte Maßnahmen nicht getroffen.

Die Ahnungslosigkeit des W. T. B. ist geradezu rührend. Nachdem es sich selbst zum Verbreiter von Lügennachrichten über Braunschweig gemacht hat, mimt es jetzt den Unschuldsengel und will nicht wissen, wer „derartige Alarmnachrichten" in die Welt gesetzt hat. Geradezu grotesk muß es aber wirken, wenn es jetzt auf einmal heißt, die Nachrichten dienten nur dem Zweck, „die spartakistischen Bestrebungen in anderen Ländern zu fördern". Demnach stehen also das W. T. B., der „Vorwärts", die „Tägliche Rundschau", das „Tageblatt", die „B. Z.", kurz gesagt, die gesamte staatserhaltende Presse nebst sämtlichen Nachrichtenstellen der Regierung in dem Dienst der Spartakisten. In der Tat, ein glänzenderer Reinfall, für den sich die Betrüger, die jetzt den Betrogenen spielen möchten, bei der Reichsregierung und ihren Spitzeln bedanken mögen.

Für den Sozialismus!

Das Monatsende naht. Es gilt, neue Leser, neue Abonnenten der „Freiheit" zu gewinnen. Je größer die Verbreitung unseres Blattes, je stärker und nachhaltiger wirkt unsere sozialistische Aufklärungs- und Kampfesarbeit!

Werbt neue Abonnenten!

Noch stehen Hunderttausende von Proletariern abseits von unserer Partei, weil sie unsere Ziele nicht kennen und von unserer Agitation ferngehalten werden. Diese Proletarier gilt es, für unsere Partei zu gewinnen, es gilt, sie einzureihen in die große Armee der um ihre Befreiung kämpfenden Hand- und Kopfarbeiter, es gilt, sie zu gewinnen für den revolutionären Klassenkampf, der von unserer Partei geführt wird. Diese Tätigkeit für unsere Partei kann am besten gefördert werden durch die Werbung neuer Leser

für die „Freiheit"!

Aus ihr können die Arbeiter unterrichtet werden über alle großen Fragen unserer Zeit, aus ihr können sie die leitenden Gedanken schöpfen, die erforderlich sind zur Austragung der gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, die unserer harren.

Heraus mit den bürgerlichen Zeitungen, heraus mit dem scheinsozialistischen „Vorwärts" aus euren Haushalten!

Lest und abonniert die „Freiheit"!

Straßenbahnerstreik in Bremen.

Bremen, 23. September.

Heute vormittag hielten die Straßenbahner eine Versammlung ab. Auf sämtlichen Linien ruht nunmehr der Betrieb. Der Vorsitzende der kommunistischen Partei Emks hat in einem Schreiben an die Ausstandsleitung der Straßenbahner vor der Beteiligung am Ausstand gewarnt und betont, daß das Schwergewicht der politischen Agitation jetzt in den Betrieben ruhe. Die Straßenbahner wollen erst nach Erfüllung ihrer dem Schlichtungsausschuß unterbreiteten Forderung die Arbeit wieder aufnehmen.

Deutsche Schulfreiheit in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 23. September.

Nach dem in Paris beschlossenen Minderheitsschutzgesetz werden die deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei volle Autonomie auf den Gebieten des Schulwesens, der kulturellen Angelegenheiten und der sozialen Fürsorge erhalten. Die Schulautonomie gilt sowohl für Volks-, Mittel-, als auch für Hochschulen. Vor Gericht ist die deutsche Sprache der tschechischen vollkommen gleichberechtigt. Den Minderheiten wird ein Beschwerderecht an einen internationalen Gerichtshof eingeräumt, dem zugleich die Exekutive seiner Beschlüsse zusteht. Das diesbezügliche Gesetz wird demnächst der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.

Amsterdam, 23. September.

Aus Athen wird berichtet, daß der Ministerrat beschlossen hat, eine Gesetzvorlage zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland und Oesterreich der königlichen Sanktion zu unterbreiten. Vor dem Kriege gemachte Bestellungen, die nicht zur Ausführung gelangten, werden dadurch nicht berührt. Die Beschlagnahme des Besitzes feindlicher Untertanen bleibt aufrecht. Die Handelsbeziehungen, die Post- und Telegraphenverbindung mit Deutschland und Oesterreich werden nach Veröffentlichung der Gesetzesvorlage sofort wieder in Wirksamkeit treten.

Wassermangel in Oberschlesien.

Wie uns aus Kattowitz gemeldet wird, herrscht im ganzen oberschlesischen Industriegebiet ein geradezu katastrophaler Wassermangel, der durch die anhaltende trockene Witterung und durch die teilweise fehlerhaft angelegten Wasserleitungen verursacht ist. Dadurch droht die bereits im Kreise Hindenburg und anderwärts herrschende Ruhr-Epidemie weiteren Umfang anzunehmen. Die Krankenhäuser sind überfüllt, Straßensprengung findet nicht mehr statt, teilweise funktioniert auch die Kanalisation nicht mehr. Die Staub- und Ungeziefer-plage ist geradezu entsetzlich.

Eisenbahner-Auszeichnungen.

Das preußische Staatsministerium hat sich mit der Weiterverleihung der Rettungsmedaille am Bande und der Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr, sowie des Erinnerungszeichens für 25- und 40jährige Dienstzeit an die Eisenbahnbediensteten einverstanden erklärt. Anträge sind in der bisherigen Weise zur Vorlage zu bringen. Die Vorschlagslisten für das Erinnerungszeichen 25 und 40 sind wie früher zum 1. Mai und 1. November einzureichen.

Preußische Landesversammlung.

Am Regierungstisch: Hänisch, Stegerwald.

Präs. Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe kleiner Anfragen, die zum Teil schon bis Mitte Juli zurückliegen und durch inzwischen erfolgte Anordnungen überholt sind.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) wendet sich in einer kleinen Anfrage gegen die beabsichtigte militärische Organisation der Berliner Polizei ohne Befragung der Landesversammlung.

Ein Regierungsvertreter führt dazu aus: das zunehmende Verbrechertum macht einen besonderen Sicherheitsdienst notwendig. Jederzeit müssen Mannschaften in genügender Zahl verfügbar sein. Dazu eignen sich nur jüngere Mannschaften, die im Waffengebrauch genügend geübt sind. Ihre Unterbringung muß so geschehen, daß sie vor Angriffen geschützt sind, ist man doch selbst vor Anzriffen von Schupleuten in ihrer Privatwohnung nicht zurückgescheut. Die Neueinrichtung wird zunächst nur in Berlin versuchsweise eingeführt; der endgültige Plan wird der Landesversammlung rechtzeitig zur Genehmigung vorgelegt werden.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltsplans für das Volkswohlfahrtsministerium.

Abg. Dr. Moldenhauer (Dnat Vp.): In der Wohlfahrtspflege müssen Staat und Kirche zusammenarbeiten. Wegen politischer oder konfessioneller Bedenken sollte man niemand zurückstoßen, der mithelfen will. Den Antrag auf Sozialisierung des Gesundheitswesens lehnen wir ab. Der Zwangseinmietung stehen große Schwierigkeiten entgegen.

Ein Vertreter der Medizinalabteilung: Ohne Rücksicht auf rechts und links wird die Medizinalabteilung die Volkswohlfahrt fördern. Die Vergesellschaftung des Heilwesens und in Verbindung damit die Verleihung der Beamtenschaft an die Aerzte ist keine Parteifrage. Unter den Aerzten selbst ist der Kampf darüber entbrannt. Die ganze Sache ist noch nicht so weit geklärt, daß man mit gesetzlichen Maßnahmen vorgehen könnte.

Abg. Zimmer (Soz.): Die Gesundhaltung des Volkes ist die höchste Aufgabe des Arztes. Durch Leibesübungen muß die Jugend schon frühzeitig gestählt werden. Unvergängliches Verdienst könnte sich das Wohlfahrtsministerium verdienen, wenn es der Zersplitterung des Krankenkassenwesens Einhalt gebieten und es ausbauen würde. Freie ärztliche Behandlung und freie Belieferung mit Medikamenten sollte jeder Kranke genießen. Die Einwendungen, die gegen die Sozialisierung der Apotheken erhoben werden, können wir nicht anerkennen.

Abg. Dr. Abderhalden (Dem.): Die Arbeiten des Wohlfahrtsministeriums berühren sich mit den Arbeiten des Kultusministeriums namentlich auf dem Gebiete der Jugendfürsorge; hier ist Ungeheuerliches zu leisten. Unsere heutige Jugend ist ausgehungert und psychisch defekt. Bei anhaltender Sterblichkeit in dem jetzigen Umfange können wir den Zeitpunkt berechnen, zu dem wir auf die Hälfte der Volkszahl herabgesunken sein werden. (Hört! Hört!) Infolge der Unterernährung beträgt heute die Arbeitskraft vielfach nur noch 50 Prozent. In Rücksicht darauf hätte man namentlich den Bergarbeitern mehr Nahrung zuführen müssen. Im Gegensatz zu früher nimmt die Tuberkulose leider wieder in ganz unheimlichem Maße zu, ebenso steigen die Geschlechtskrankheiten. Auch die Gefahr des Alkoholismus ist mit der Eröffnung der Grenzen wieder gestiegen. Schon in der Schule muß den Kindern klargemacht werden, daß man durchaus ohne Alkohol existieren kann. (Beifall.)

Abg. Leid (U. Soz.): Mit Ermächtigungen, die nicht durchgeführt werden können, wie sie der Wohnungskommissar erteilt hat, ist nichts anzufangen. Die in Berlin versammelten Milchproduzenten haben der Regierung für 1. Oktober ein Ultimatum gestellt, wenn nicht bis dahin eine Zusage der Unterlassung der Sozialisierung gegeben wird. Die Kinder Berlins sollen also dem Hungertode ausgeliefert werden. (Hört! Hört! links.) Die Rechte spricht von der Liebestätigkeit der Kirche. Während des ganzen Krieges hat aber die Kirche nichts als Haß gepredigt. (Unruhe rechts und Zuruf: Haben Sie mal eine Predigt gehört? Heiterkeit.)

Der Etat für das Volkswohlfahrtsministerium wird hierauf genehmigt, die Anträge für ein Reichswohlfahrtsamt, ein Jugendamt und für Förderung der Kleingärten werden angenommen; ein unabhängiger Antrag auf Verwaltung des Gesundheitswesens durch ein Reichsgesundheitsministerium wird abgelehnt. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Mass für Mass.

Deutsches Theater
Direktion: Max Reinhardt.
7 U.: Der Kaufmann v. Venedig.

Kammerspiele
7 Uhr: Unterwegs.

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
7 Uhr: Kabale u. Liebe.
Donnerstag: Kameraden
Freitag: Kabale u. Liebe

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
7½ Uhr: Liselott von der Pfalz

Berliner Theater
7½ Uhr: Die Dame im Frack

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky.
7½ Uhr: Der Schöpfer.
Donnerstag 7½ Uhr: Liebe.
Freitag 7 Uhr zum 1. Male:
Christa die Tante.

Deutsch. Künstler-Theater
Mittwoch bis inkl. Sonntag
7½: Das Schloß am Wannsee

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße.
Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Mittwoch: Rotkäppchen.
Sonnabend: Hänsel u. Gretel.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstraße. Ztr. 4037, 2381.
Täglich 8 Uhr:
Der gute Ruf.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Mittwoch: Schneewittchen
Sonnabend: Aschenbrödel.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ¼8 Uhr:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwaldbüble".
Operettenakt mit Viktor Litzek
von der Komischen Oper.
Dann erstklassige Spezialitäten.
Sonntag 4 Uhr: Mädchenmohre.

Rose-Theater
7½ Uhr: Das Gesetz.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg.
24. u. 25. bleibt d. Theat. geschl.

Theater am Kottbuser Tor.
Tel.: Moritzpl. 14814.
7½ Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr:

Elite-Sänger
Seidel, Gennfil, Hovel, Schubert, E. Rohrader etc.
Neues Programm
Großer Lacherfolg
Sonntag nachm. ermäßigte Preise.
1 Kind frei.
Blüthgen-Konzert. Beginn 7 Uhr

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Vergnügungs-Palast
Groß-Berlin
Hasenheide 13/15
Mittwoch ringen:
Naber gegen Richter
Der große Herausforderungskampf
Günther Bordelais gegen Harry Lindner
Der große Entscheidungskampf
Iwan Romanoff gegen Kornatz
Beginn des Konzerts 4 Uhr,
der Vorstellung 6 Uhr,
der Ringkämpfe 8½ Uhr.
Vorher
Spezialitäten-Programm

Circus Busch

Mittwoch, den 24. September 1919,
abends 7½ Uhr

Uraufführung

„Aphrodite"

Tragikomische Pantomime in 3 Akten von Paula Busch. Inszeniert vom Ballettmeister Georges Blanvalet. Musik vom Kapellmeister A. Taubert. — Dekorationen: Theaterkunst-Gewerbehaus. — Kostüme: Theaterkunst Hermann J. Kaufmann. — Effekte aus dem Atelier des Circus Busch.

PERSONEN:
1. Eward, ein Bildhauer . Georges Blanvalet
2. Lisawetz, sein Modell Paula Busch
3. Baron von Perten, Mephistopheles . . . . Carl Hess
Griechinnen — Erynnien — Masken — Kellner
Musikanten — Prinz Karneval — Tod — Teufel — Volk

TAENZE:
1. Tanz der Panathenäen — 2. Fox-Trott
3. Feuer-Tanz

Vorher das grosse,
equestrische und hippologische Programm.

Schaubühne Moritzplatz
früher Buggenhagen :: Dir.: Schwarzer Kater
Persönliches Auftreten von
Ernst Lubitsch
und
Ossi Oswalda.
Ferner das
Riesen-Varieté-Programm.
Bier-Restaurant.
Sämtliche Plätze zum
Einheitspreis von 2 Mark.
Anfang 8 Uhr.

Lichtspiel-Palast
Schweizer Garten
Am Friedrichshain 29-32, am Königstor
Eröffnung: Freitag
Spielplan vom 26. 9. bis 2. 10.:
Blondes Gift
mit Hedda Vernon
und **Trudes Geheimnis**
Wochentags 6—10 Sonn- u. Feiertags 3—10
Im grünen Saal ab 8.30 **Kabarett** mit erstkl. Kräften: Maya Louisen, Emil Lorenz, Erich Teufel, Gustav Oteck, Irmgard v. Biberstein

Konditorei u. Café Hohenstaufen
Kottbuser Damm 76, Inh. Otto Pollmann,
hält sich den Genossen bestens empfohlen.

Singakademie. Montag, den 29. Sept. 1919, abends 7½ Uhr.
VOLKS-KONZERT
Das Schachtschon-Quartett.
Werke v. Haydn, Beethoven, Mendelssohn, Tschaikowsky
Karten (ab Donnerstag) à 1.— M. bei Wertheim, a. Gehrichstr. 5 u. Bussdorff.

5. Distrikt (3. Kreis)

einschließlich des Wassertorviertel, bisher 2. Kreis.
Heute abend 7½ Uhr:
Konstituierende Generalversammlung
in der Schulaula Dresdener Str. 113.
Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.
J. A.: Schweikardt.

Achtung! Achtung!

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am Mittwoch, den 23. September, abends 5 Uhr, findet im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15, eine

Versammlung

aller in der

Elektro- und Metallindustrie

Tätigen u. im Fabrikarbeiterverband Organisierten statt.
(Kabel-, Gummi-, Isolations-, Akkumulatoren-, Kohlenstift-, Mikanit- und Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.)

Tagesordnung:
Die Situation in der Metall- und Elektroindustrie.
Niemand darf fehlen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Berlin SO 16, Rungestr. 30. Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 10828 und 3678.

Wichtige Branchen-Versammlungen!

Bodenleger und Bohner.

Donnerstag, den 25. September 1919,
abends 6½ Uhr, Arbeitslosensaal, Rungestr. 30.
Tagesordnung: Tariffrage.

Theater- u. Filmbranche.

Sonntag, den 28. September 1919,
vorm. 10 Uhr, im „Verbandshaus", Rungestr. 30 (Arbeitslosensaal).
Tagesordnung:
1. Bericht über die abgeschlossenen Tarife für Handwerker.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verbandsangelegenheiten.

Alle im Theater- und Filmfach beschäftigten Holzarbeiter müssen anwesend sein! Auch unorganisierte, sowie im Transportarbeiter-Verband organisierte Kollegen haben Zutritt. — Die Vertrauensleute derartiger Betriebe müssen eine Stunde vorher, also um 9 Uhr, erscheinen. — Die Versammlung beginnt pünktlich 10 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1087, 9714.

Achtung! Achtung!

Elektromonteure und Helfer.

Der 1. Punkt der Tagesordnung unserer Branchenversammlung lautet:
Stellungnahme zur Lohnbewegung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Aluminium Kochgeschirr
in noch nie dagewesener Qualität, weil aus Neusomaterial, der Stolz jeder Hausfrau, liefern wir zu billigsten Preisen zur Ansicht mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen auf Wunsch gegen Monatsraten.
Verlangen Sie sofort illustr. Preisliste über Aluminium-Geschirr umsonst von der Mira Berlin S 42
Postf. 1507
oder besuchen Sie uns Alexandrinenstr. 97

FOTO-VERGRÖSSERUNGEN
Streng reell!
Beste Ausführung! Mäßige Preise!
Verlangen Sie sofort meinen aufklärenden Prospekt
„RHAFOK" Potsdam Lennéstr. 48

Möbel
in großer Auswahl
und guter Ausführung auf
Bar oder Kredit!
Möbel-Gross
Große Frankfurter Str. 141
Invalidenstr. 5. Eing. Ackerstraße.
— Kriegsanleihe und Spareinlagen nehme in Zahlung. —

Möbel-Cohn
Im Osten: Große Frankfurter Straße 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Im Norden: Badstraße 47/48
Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
Spezialität:
1- u. 2-Zimmereinrichtungen
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polsterwaren, farbige Küchen, einzelne Möbel.
Riesen-Auswahl. — Billigste Preise.
Sehr kulante Bedingungen und größte Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärts.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten
bietet die nahe Zukunft. Eine tiefgreifende Umstellung unseres gesamten Wirtschaftslebens wird sich vollziehen und in Handel u. Industrie werden zum Wiederaufbau mehr denn je
geschulte Kräfte gesucht sein. Angehörige techn. Berufe und Handwerker
sollten nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an dem wirtschaftlichen Umschwung, der naturgemäß das Ergebnis der neuen Zeit sein muß. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in techn. Wissenschaften zu erwerben, sind die techn. Selbstunterrichtswerke „System Karnack-Hachfeld". Ausführliche 80 Seiten starke Broschüre kostenlos.
Bonness & Hachfeld, Potsdam, Postfach 179.

Achtung!
Platin Gramm 42,00 Mark!
Gold, Silber, alte Zahngebisse, Brillanten, sowie unmodern gewordenen Schmuck verkauft man am besten zu den höchsten Kurs- und Tagespreisen bei
Kokoski, Berlin N54, Brunnenstr. 168
Amt Humboldt 3488

RAUCHTABAK
rein Übersee, 50- und 100-Gramm-Pakete, ebenso lose. Pfund 21.50 Mark.
Jac. Widmer, Hermannstraße 32, Neukölln
Tabakgroßhandlung Telefon Nr. 1844
Tüchtige Vertreter gesucht.

Wir färben
gut! reell! billig! schnell!
In 3-5 Tagen
Radtke u. Grundmann, Berlin S.14
Dresdener Straße 34-35. Luisenhof
Mpl. 7328 Rickera Mpl. 7328

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in-Zivil-Umarbeiten
in schwarz, blau, braun, grün und Cover-Coat-Farbe in 8 Tagen
sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten v. Herren- u. Damen-Garderobe in 3 Tagen
Original echt engl. Stoffauswahl
Jeder Artikel wird außerdem gefärbt in 6 Tagen
Trauersachen in 48 Std.
BASCH & BUCZKOWSKI
Centrum 7119. Friedrichstraße 68 I. Centrum 7119.

STRASSENHÄNDLER!
Heute neu!
Freie Welt
Nr. 19
Verlag: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

U. S. P. D. Stralau.

Am 14. September 1919 — im 66. Lebensjahre — ist unser lieber, allseitig geschätzter und verehrter Genosse

Rudolf Arendsee

auf tragische Weise aus dem Leben geschieden.

Arendsee übernahm in einer sehr kritischen Zeit und trotz seines damals schon vorgerückten Alters in opferwilliger Weise die Leitung unseres Bezirks und war bis zum letzten Moment der treueste Kämpfer unserer Sache.

Ein alter, echt proletarischer Feuergeist, empfand er den tiefsten Haß gegen die Verräter der Revolution, war er ein unermüdlicher Verfechter konsequenten sozialistischen Denkens und Handelns.

Sein Geist und sein Vorbild werden uns immer als ehrendes Andenken bleiben!

Da die Beisetzung schon stattgefunden hat, bitten wir alle Genossen und Freunde, sich zu einer **Trauerfeier** einzufinden, welche am Sonntag, den 28. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof Oberschöneweide, Rathenaustr., stattfindet. Treffpunkt 2 Uhr Bhf. Niederschöneweide.

Die Bezirksleitung.

Danksagung.

Für die so überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme aus Anlaß des Heimganges unserer teuren Verstorbenen

Marie Osburg

sprechen wir auf diesem Wege allen, insbesondere den Herrn Abteilungsleiter, den wissenschaftlichen Mitarbeitern, den Kolleginnen und Kollegen der R. G. (Abt. Statistik), sowie den Genossen Dr. P. Krische und Stimming für ihre trostreichen Worte unseren innigsten Dank aus.

Lichterfelde. **Otto Osburg und Tochter**

Danksagung.

Für die rege und wohltuende Teilnahme und für die Kranzspenden bei der Einäscherung meiner lieben Tochter, Schwester und Pflegeschwester, unserer herzensguten Tante und Schwägerin

Fr. Martha Rühe
geb. Ludewig

sagen wir hiermit allen Freunden u. Bekannten, sowie der Direktion der Chem. Fabrik, dem gesamten Personal, Arbeitern u. Arbeiterinnen der Firma Schering und den teilnehmenden Vereinen, im besonderen den Herren Rednern für ihre trostreichen Worte am Sarge unserer lieben teuren Entschlafenen innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Anna Haß,
geb. Schöler,

nach kurzem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 4 Uhr von der Halle des Dankes-Kirchhofs aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Raucherstr...
vermögt, in wenig... das Rauchen zu ... Amtlich begl... verblüffend ... täglich Dank... Auskunft umsonst.
Institut Englor...
München R. 21, Kapuzinerstr.

Seeligs Möbelhaus
nur Elsasser Straße
Speicherräum im Fabrikgebäude. Ständig: Gelegenheitskäufe in neuen und gebrauchten Wohnungseinrichtungen, von den einfachsten bis zu den neuesten.
Herren-, Speise- und Schlafzimmer besonders preiswert. Küchen von M. 175.—
Spezialität: Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen, staunend billig.
Verkaufszeit von 9—7 Uhr.
Der weiteste Weg macht sich bezahlt!

Gegründet 1883
PELZ-Waren
en gros — Export
Einzelverkauf
wie alljährlich preiswertester Ausverkauf in Kragen, Muffen, Pelzhüten, Fuchsgarnituren in großer Auswahl. — Reparaturen prompt und billig.
Ad. Abrahamsohn ...
28 Neue Königstraße ...

Photoapparate
Ankauf Tausch Verkauf
Photo-Steckelmann
W. 9. Potsdamer Str. ...

Einen Posten
Küchen
prima lackiert
7teil. ohne Anrichte M. ...
7 - mit ...
solange Vorrat reicht.
Neugebauer,
Charlottenburg,
Wilmersdorfer Str. 138
Ecke Schillerstraße.
Kein Laden.

Die Aussichten des Betriebsrätegesetzes.

Das Los des Regierungsentwurfs für das Betriebsrätegesetz schlummert noch unbestimmt im Schoße der Zeiten. Unbestimmt und doch nicht ganz unbestimmbar. Alle beteiligten Kreise nehmen das lebhafteste Interesse an dem Gesetz, und eine bewegte Diskussion ist seit Wochen im Gange, die jedoch in der breiteren Oeffentlichkeit nicht so sehr in die Erscheinung tritt, weil sie vorwiegend in den Organen der wirtschaftlichen Interessenvertretungen geführt wird. Denkschriften, Resolutionen und Telegramme an die entscheidenden Regierungsstellen begleiten den Chor der Zeitungsartikel. Aus dieser zunächst recht unharmonisch anmutenden Musik heben sich allmählich bestimmtere Töne und Zusammenklänge heraus, die die aufmerksamste Beachtung der Arbeiterschaft verdienen.

Während bald nach der Veröffentlichung des Gesetzes offiziöse Meldungen verkündeten, die „Arbeitgeberschaft“ stehe „auf dem Boden des Gesetzentwurfes“ und sei zur positiven Mitarbeit bereit, zeigt es sich jetzt, wie diese „positive Mitarbeit“ beschaffen ist. Fast überall, wo in den letzten Wochen Unternehmer zu irgendwelchen Beratungen beisammen waren, ertönten schrille Protestrufe gegen die Betriebsräte oder gedämpfte Mahnungen an die Regierung. Typisch für die schärfere Tonart ist eine Kundgebung des „Verbandes Rheinisch-Westfälischer Baumwollspinner, linksrheinische Gruppe“, die der „Textilarbeiter“ wiedergibt. Das Gesetz öffne der „Zeitvergeudung durch nutzloses Debattieren von unverantwortlichen Betriebsräten sowie der Agitation von gewissenlosen Hetzern Tür und Tor“. Die Baumwollspinner vom linken Rheinufer wagen sogar die Behauptung, die Arbeiter lehnten „in ihrer überwältigenden Mehrheit die Betriebsräte ab“. Und darum legen sie „gegen den Entwurf schärfste Verwahrung ein“. Die Erklärung schließt mit folgenden Worten:

„Das Gesetz bedeutet den Ruin der Baumwollindustrie. Kein Unternehmer kann und wird dazu die Hand bieten. Aus vorstehenden Gründen muß er den ganzen Gesetzentwurf glatt ablehnen. Sollte der Entwurf dennoch Gesetz werden, so behalten sich die Spinner weitere Maßnahmen vor. Für alle Folgen, die daraus entstehen, lehnen sie die Verantwortung ab.“

Das ist die offene Drohung mit der bisher nur verschwiegen betriebenen Wirtschaftssabotage. Aus anderen Bezirken und Produktionszweigen sind ähnliche Kampfrufe vernehmbar, während wieder andere Unternehmergruppen ihre Rätefeindlichkeit auf eine versteckte Art zum Ausdruck bringen. So die organisierten Holzindustriellen, die den Reichstarif ablehnen, weil er mit seinen Bestimmungen über die Betriebsräte der gesetzlichen Regelung der Materie vorgreife.

Um die zaghafte, nervös erregbare Regierung einzuschüchtern, operieren die Unternehmer mit der Behauptung, daß die gesetzliche Einführung von Betriebsräten die Industrie in eine erschütternde Krisis werfen werde, während ihnen in Wirklichkeit die im bevorstehenden Winter drohende Krisis keineswegs ungelegen kommt. Sie kann ihnen nach den maßlosen Wuchergewinnen der letzten Jahre nicht viel schaden, wird aber die Aktionskraft der Arbeiterorganisationen, deren bedrohliches Wachstum und revolutionäres Wollen ihnen fürchterlich zu werden beginnt, erheblich schwächen. Gelingt es nun, die Fertigstellung des Gesetzes bis in diese Zeit hinein zu verzögern, dann können sie hoffen, daß die schwache Regierung dem Drängen der Unternehmer willig nachgibt. Während diese Regierung ihren ersten Entwurf vor der vernichtenden Kritik der Arbeiterschaft zurückziehen mußte, wird das Proletariat dann zu schwach sein, die Regierung im entscheidenden Augenblick in der Betriebsrätefrage energisch vorwärts zu treiben. Und sollte gar die bittere Not des Winters zu spontanen Massenbewegungen führen, dann wäre die Stimmung vielleicht sogar dem Versuch günstig, aus dem Gesetz eine Bindung für die Arbeiterschaft zu machen durch Bestimmungen, die das Streikrecht schmälern. Wenn die Unternehmer mit ihrem Kampfe gegen die Betriebsräte nicht so weitgehende Zwecke verbinden würden, dann hatten sie nicht nötig, gegen die für die Unternehmer äußerst milde Fassung des Entwurfs so schweres Geschütz aufzufahren. Die Zeit, in der das Unternehmertum soziale Gesetze mit Hilfe des parlamentarischen Schachers in antisoziale zu verwandeln sucht, ist nicht vorbei. Im Gegenteil. Das sogenannte „soziale Verständnis“ der Kapitalisten ist gegenwärtig auf ein Mindestmaß gesunken und die freie Anwendung des Koalitionsrechts mit seinen schärfsten Konsequenzen ist ihnen zur Zeit sogar unbequemer als je, worauf immer wieder hingewiesen werden muß.

Nun wird die Rechnung der Unternehmer zwar nicht stimmen. Die Arbeiterschaft, deren Ansprüchen der Regierungsentwurf in keiner Hinsicht genügen kann, wird rechtzeitig ihre Forderungen positiv formulieren und ihnen durch energische Aktionen Nachdruck verleihen. Aber wenn sie ihre Scharen nicht geschlossen in den Kampf sendet, dann entstehen im Zusammenhang mit der Beratung des Gesetzes größere Gefahren als die, daß das Gesetz in der gegenwärtigen unzulänglichen Fassung angenommen wird. Außerhalb wie innerhalb des Parlaments muß das Proletariat der Frage die größte Beachtung schenken.

Von größter Bedeutung für die Behandlung der Betriebsrätefrage während ihres Leidensganges durch die parlamentarische Mühle ist die Haltung des Zentrums.

Die parlamentarischen Füchse der klerikalen Partei sind eingeklemmt zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum. Es ist ihre Aufgabe, es beiden recht zu machen, die sie bisher in ähnlichen Fällen stets lösten, indem sie in den ersten Stadien der Beratungen starke Reden hielten, so daß die katholischen Arbeiter den Eindruck hatten, ihre Sache ruhe in den besten Händen. Im entscheidenden Augenblick pflegten sie dann mit großer Gewandtheit zugunsten der Unternehmer umzufallen. Und diese Partei ist heute Regierungspartei.

Aber auch die Zentrumsarbeiter sind seit der Novemberrevolution heilhöriger geworden. Ihre gewerkschaftliche Schulung und die Erfahrungen, die sie bei ihrer Tätigkeit in den Arbeiterräten gemacht haben, haben der Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit auf dem Boden des Glaubens und der Weltanschauung, die den christlichen Gewerkschaften als Richtlinie gilt, ernsthaften Abbruch getan. Die christlichen Gewerkschafter gehen jenen logischen Entwicklungsgang, der unvermeidlich ist, wenn Arbeiter sich zu großen Koalitionen zwecks gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen verbinden. Aus gemeinsamem Handeln erwächst das Bewußtsein unveräußerlicher Solidarität der Arbeitenden, aus den sich notwendig ergebenden Kämpfen die Erkenntnis des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Diese Entwicklung hat auch im christlichen Gewerkschaftslager durch die Revolution einen mächtigen Anstoß erhalten. Schon haben die Bischöfe ihren jahrzehntelangen Widerstand gegen die Vereinigung aller katholischen Arbeiter zu geschlossenen gewerkschaftlichen Organisationen aufgeben müssen, und im Kreise der christlichen Gewerkschaften werden Stimmen laut, die von der aufkommenden Erkenntnis der Klassengegensätze beredtes Zeugnis geben. Deutlich macht sich bei ihnen teils instinktive Zuneigung, teils offene Sympathie für die Betriebsräteidee bemerkbar. Weit entfernt, diese neuen Neigungen in leidenschaftliche revolutionäre Kampfrufe zu kleiden, lassen wichtige Teile der organisierten christlichen Arbeiter doch erkennen, daß sie nicht geneigt sind, auf die Betriebsräte als Bestandteil, vielleicht als festestes Fundament einer neuen, höher entwickelten sozialen Gesetzgebung zu verzichten.

Diese Situation zwingt das Zentrum, der Frage Beachtung zu schenken. Das Interesse der klerikalen Partei für das Gesetz kommt zum Ausdruck in einigen Artikeln, die ein „Mitglied der Nationalversammlung“ letzthin in der „Germania“ erscheinen ließ. Und diese Artikel spiegeln auch schon die zwiespältige Haltung des Zentrums in allen Fragen der Sozialpolitik wider. Der Artikelschreiber stellt sich zunächst so, als sei er der Idee freundschaftlichst zugetan. Auch er lobt die Unternehmer, weil sie bereit sind, „an dem Gesetz mitzuarbeiten“. Und da auch die christlichen Arbeiter „kein Gesetz zur Vernichtung der Industrie schaffen“ wollen, so sei die Möglichkeit gegeben, „friedlicher Verständigung den Weg zu ebnen.“ Hier klingt zunächst die Behauptung durch, daß andere Anhänger des Gedankens der Betriebsräte auf die „Vernichtung der Industrie“ hinzielen. Der Mann tröstet aber seine Leser damit, daß das Gesetz keineswegs „russische Zustände“ in Deutschland einführen soll. Man möge sich also von der Angst vor dem Wort „Räte“ befreien und sich ruhig vorstellen, daß die neuen Betriebsräte nichts anderes sind als die alten Arbeiterausschüsse, — an die man sich doch längst gewöhnt habe, wie der Rätefachmann der „Germania“ augenzwinkernd zu verstehen gibt.

Und nun kommt es in den folgenden Darlegungen der Artikel nur noch darauf an, die Betriebsräte ganz unmerklich auf das Niveau der alten Arbeiterausschüsse oder gar unter dieses herabzudrücken, soweit das nicht ohnehin durch den Regierungsentwurf geschieht. Man könne doch nicht alle möglichen Aufgaben auf einmal verwirklichen, sondern müsse den Grundsatz der Entwicklung gelten lassen. Vor allem dürfe das „pädagogische Problem“ des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern — in dem die Arbeiter als die der Zucht bedürftigen Unmündigen erscheinen — nicht allzu grob angepackt werden. Darum behandelt dieser Sozialpolitiker alle die Bestimmungen des Gesetzes mit besonderem Mißtrauen, die den Betriebsräten den blassen Schein eines Mitbestimmungsrechtes geben, und verlangt, daß in allen Streitfragen, die sich aus ihnen ergeben sollten, der Unternehmer die letzte Entscheidung zu treffen habe. Das soll im Gesetz ausdrücklich festgelegt werden. Und das nennt der Mann den Weg zum friedlichen Ausgleich ebnen. Als wichtigste Pflicht der Betriebsräte erscheint ihm die Verhinderung von Streiks, und seine Betrachtungen über diesen Punkt lassen erkennen, daß der das Streikrecht ohnehin gefährdete Passus des Gesetzes, der diese Frage berührt, nach der Ansicht des Zentrumsmanns der Arbeiterschaft noch viel zu viel Bewegungsfreiheit läßt.

Soweit die Bekenntnisse einer schönen Zentrumsseele. Ein Spielzeug in der Hand des Arbeiters, die Peitsche in der Hand des Unternehmers! — Das ist die Lösung des „pädagogischen Problems“ des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, entdeckt durch ein klerikales Mitglied der Nationalversammlung und der Welt verkündet als Ziel der Sozialpolitik des Zentrums als Regierungspartei in der deutschen scheinsozialistischen Republik.

Wie sich die katholischen Arbeiter dazu stellen werden, soll einstweilen nicht unsere Sorge sein. Tatkräftiger Widerstand gegen solche Machenschaften dürfte von ihnen noch nicht zu erwarten sein. Das revolutionäre sozialistische Proletariat muß mit einer energischen Aktion für die Verbesserung des Gesetzentwurfs unverzüglich beginnen, um die Betriebsräte zu einer entscheidenden Machtposition der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben zu machen. Unseren Genossen in der Nationalversammlung wird allein die Aufgabe zufallen, vor dem „hohen Hause“ die Lebensforderung des Proletariats — anklagend und Erfüllung heischend — zu vertreten, zumal die andere Regierungspartei, die das Rot im republikanischen Wimpel markiert, in der Rätefrage nicht viel zuverlässiger ist als die schwarze Mannschaft.

Arbeiterräte, Betriebsfunktionäre!

Die Vollversammlung findet heute nachmittag 2 Uhr in den

Berliner Vereins- und Konzertsälen

Kommandantenstr. 58/59 (früher Kriminhallen)

statt. Nicht in den Sophiensälen.

Der Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Rich. Müller. J. Heinen.

3. Verbandstag der Sattler und Portefeuiller.

Am Donnerstag beschäftigte sich der Verbandstag zunächst mit der Verschmelzungsfrage. Von Berlin und mehreren anderen Zahlstellen lag ein Antrag vor, der einen Zusammenschluß mit den Schuhmachern, Gerbern und Lederarbeitern zu einem großen Industrieverband erstrebt. Verbandsvorsitzender Blum empfahl den Zusammenschluß mit dem Tapeziererverband. Spliedt, der Vorsitzende des Tapeziererverbandes, sprach sich in gleichem Sinne aus. Die Delegierten seines Verbandstages hätten zwar mit geringer Mehrheit die Verschmelzung abgelehnt, aber die demnächst stattfindende Urabstimmung der Mitglieder werde sicherlich eine Mehrheit für die Verschmelzung mit den Sattlern ergeben, zumal die Entwicklung im Auto- und Flugzeugbau beide Berufe in immer engere Verbindung gebracht habe. Klarer-Wien und Jönson-Kopenhagen empfahlen gleichfalls den Zusammenschluß der Sattler und Tapezierer, der in ihren Ländern schon vollzogen sei. In der weiteren Debatte erkannten auch die Berliner und die übrigen Anhänger von Industrieverbänden an, daß in erster Linie die Verschmelzung mit dem Tapeziererverband anzustreben sei. Ein in diesem Sinne gehaltener Antrag Elsner-Dresden wurde einstimmig angenommen. Entscheiden sich die Tapezierer in ihrer Urabstimmung dafür, so werden sogleich die Verschmelzungsbedingungen vereinbart werden. Es wurde festgestellt, daß der so geschaffene Verband der Sattler und Tapezierer auf über 40 000 Mitglieder rechnen könne.

Dann wurde zur Beratung der Satzungsänderungen geschritten. Von Blum wurde unter allgemeiner Zustimmung erklärt, daß eine zeitgemäße Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungssätze bei Streik und Arbeitslosigkeit unaufschiebbar sei. Statt des bisherigen Einheitsbeitrages von 70 Pf. empfahl der Vorstand Staffelbeiträge nach den von der Zahlstelle Berlin beantragten Sätzen: 1. Klasse 1,25 M., 2. Klasse 1 M., 3. Klasse 65 Pf., 4. Klasse 40 Pf. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte mit großer Mehrheit angenommen. Männliche Mitglieder über 17 Jahre sollen in der Regel nur die ersten beiden Beitragsklassen zahlen. In einheitlichen Lohngebieten bestimmen die örtlichen Generalversammlungen die Beitragsklasse. Das Eintrittsgeld wird in der Höhe eines Wochenbeitrages erhoben.

In der Freitagsitzung wurde die Statutenberatung zum Abschluß gebracht. Die Streikunterstützung wurde wesentlich erhöht. Sie soll nach einem zur Annahme gelangten Berliner Antrag in der ersten Beitragsklasse betragen nach 13 Wochen 2,10 M., 26 Wochen 2,60 M., nach 52—130 Wochen 3,25 M., nach 130—260 Wochen 3,75 M. und nach 260 Wochen 4,25 M. Dazu kommen noch Zuschläge. Die Arbeitslosenunterstützung wurde erhöht auf Sätze von 1,20—2,40 M. nach der Mitgliedsdauer in der ersten Beitragsklasse.

Zu einer längeren Debatte führte ein Berliner Antrag, der Mitgliedern, die wegen ihrer politischen Gesinnung in Haft genommen werden, die Maßregelungsunterstützung zubilligen will. Von den Befürwortern der Anträge wurde ausgeführt, daß jetzt sehr häufig politische Gründe zur Verhaftung von Leuten vorgespiegelt würden, die man in Wirklichkeit nur wegen ihrer den Unternehmern unbequemen gewerkschaftlichen Tätigkeit beseitigen wolle. Demgegenüber wurde von den Gegnern des Antrages betont, daß die Unterstützung der Opfer der politischen Gesinnung, Sache der politischen Organisationen bleiben müsse. Wo die gewerkschaftliche Tätigkeit der eigentliche Grund sei, da könnten die Zahlstellen helfend eingreifen. Wenn sich aber die Gewerkschaft auf diesen Weg begebe, könne sie schließlich auch von reaktionär gesinnten Mitgliedern für solche Zwecke in Anspruch genommen werden. Der Antrag wurde mit 24 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die erhöhten Beiträge sollen am 1. Januar 1920 in Kraft treten.

Im Februar wird voraussichtlich der gemeinsame Verbandstag in Halle stattfinden, der die Verschmelzung mit den Tapezierern vollziehen soll. Zu diesem Verbandstag soll nur auf 1000 Mitglieder 1 Delegierter entsandt werden.

Höf berichtet über die Frankfurter Verhandlungen, die zum Abschluß des Reichstarifs für die Portefeuille- und Reiseartikelbranche geführt haben. Der Tarif befriedige zwar nicht alle Wünsche und bleibe in den Lohnsätzen vielfach hinter dem in den Großstädten schon Erreichten zurück, er habe aber endlich einen Ausgleich für die bisher zurückgebliebenen Gebiete geschaffen und z. B. in Schlesien eine Lohnsteigerung um 100 Proz. herbeigeführt. Bedauerlich sei, daß die Heimarbeiterfrage offen geblieben und dem Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung übertragen worden sei. Angesichts der für die Allgemeinheit erreichten Fortschritte sei aber die Annahme des Reichstarifs zu empfehlen. Die Vertreter von Berlin, Leipzig, Hamburg und Offenbach erklärten, für die Annahme des Reichstarifs stimmen zu wollen. Ueber die Arbeitsgemeinschaften war man geteilter Meinung.

In der Sonnabendsitzung ging der Kollege Höf in seinem Schlußwort über den Reichstarif auf die einzelnen Diskussionsredner ein und empfahl die Annahme, welche mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Im Anschluß daran standen verschiedene, nicht erledigte Anträge zur Debatte. Ein Antrag Berlin, bei Kündigungen von Tarifverträgen nicht mehr geheim abzustimmen, wurde angenommen. Ein Antrag Danzig: Der Verbandstag wird ersucht, Stellung zu nehmen gegen die Ueberflutung unseres Berufes durch Kriegsinvaliden sowie gegen die übertriebene Lehrlingszüchterei, wurde dem Vorstand überwiesen. Ein Protest gegen die Verhängung des Belagerungszustandes und der Schutzhaft sowie der Knebelung der Pressefreiheit fand einstimmig Annahme.

Offenbach brachte einen Antrag ein, den Sitz des Ausschusses von Berlin nach Offenbach zu verlegen. Nach heftiger Debatte wurde derselbe mit geringer Majorität angenommen.

Eine Entschließung Schulze-Berlin hatte folgenden Wortlaut:

„Nachdem der Verbandstag seine Stellungnahme zu den während und noch der Kriegszeit aufgeworfenen Streitfragen präzisiert hat und damit freie Bahn für ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller Richtungen innerhalb des Verbandes zum Besten der Berufsangehörigen geschaffen ist, so erwartet der Verbandstag, daß in Zukunft die unliebsame Erscheinung, Funktionäre nur auf eine bestimmte politische Partei und deren Programm zu verpflichten, sich nicht mehr wiederholen wird. Einzig und allein die gewerkschaftliche Befähigung und Tätigkeit darf maßgebend sein. Dieser Grundsatz ist unbedingt bei den Neuwahlen

der Beisitzer zum Zentralvorstand und Ausschuß in Anwendung zu bringen. Wird gegen diesen Grundsatz von den in Frage kommenden Verwaltungsstellen verstoßen, so kann der Verbandstag eine derartige Wahl nicht als zu Recht bestehend anerkennen und müßte die weitere Geschäftsführung den bisherigen Funktionären solange übertragen, bis Neuwahlen im Sinne dieser Entschließung stattgefunden haben."

Hierüber setzte eine erregte Debatte ein. Gottschalk und Gronwald-Berlin baten, die Entschließung zurückzuziehen, da durch ihre Annahme die Spaltung unserer Organisation gegeben wäre. Im übrigen bedarf es ja gar nicht einer Erklärung und Verpflichtung auf eine politische Partei, weil ja letzten Endes die Mitglieder durch Abgabe ihrer Stimme ihre Ueberzeugung zum Ausdruck bringen können. Hierauf wurde die Entschließung von Schulze-Berlin zurückgezogen. Nachdem die Tagesordnungspunkte erschöpft waren, wurde zu den Wahlen geschritten.

Gottschalk-Berlin gab zuvor folgende

Erklärung der Opposition

ab.

„Die auf dem Verbandstag vertretene Opposition hat nach Anhörung der Geschäftsberichte und der daran anschließenden Diskussion vom Vorstand erwartet, eine Erklärung entgegen nehmen zu können, worin die Einsicht zum Ausdruck gekommen wäre, daß die eingeschlagene Politik während der Kriegsjahre eine verfehlte gewesen ist. Wir weigern uns nicht, dem Vorstand für seine Tätigkeit vor dem Kriege unsere vollste Anerkennung zu zollen, sind aber nicht in der Lage, bei den Neuwahlen unseren alten Zentralbeamten unsere Stimme zu geben."

Als Zentralvorsitzender wurde wieder Blum mit 26 gegen 18 Stimmen, welche auf Steiner-Leipzig fielen, gewählt. Riedel als Kassierer wurde mit 24 gegen 19 Stimmen, die auf Dasecke-Leipzig fielen, gewählt. Als 2. Vorsitzender wurde Schulze-Berlin mit 24 gegen Gottschalk mit 21 Stimmen gewählt. Der Posten des Redakteurs wurde bis zum Verschmelzungsverbandstag unbesetzt gelassen. Die Gehaltsfrage wurde wie folgt geregelt: Zentralvorsitzender: Anfangsgehalt 725 M., Endgehalt 775 M. Redakteur, Kassierer, Berliner Ortsvorsitzender und Kassierer 675 M. Anfangsgehalt, 725 Mark Endgehalt. Weitere Berliner Angestellte 625 M. bzw. 675 M. Gauleiter und Ortsbeamte in der Provinz erhalten 10 bis 20 Prozent weniger wie die Berliner Ortsbeamten. Das Anfangsgehalt steigert sich jährlich um 25 M. pro Monat. Die Dienstjahre sind in Anrechnung zu bringen. Die Gehaltssätze gelten ab 1. Juli 1919. Für sämtliche Angestellte ist für die während der Kriegszeit zu geringe Entlohnung eine Nachzahlung von 2000 M. zu leisten.

Als nächster Ort zum Verbandstag wurde Leipzig bestimmt. Nach einem kräftigen Schlußwort des Zentralvorsitzenden Blum, welches in ein dreifaches Hoch auf den Verband ausklang, wurde der Verbandstag geschlossen.

Groß-Berlin.

Wie man sie verscharrt.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Das ist die Moral derer, die einst vom Dank des Vaterlandes faselten, als sie die Kämpfer draußen zum Durchhalten aufforderten. Nicht einmal ein anständiges Begräbnis gewährt man denen, die ihre Gesundheit im Felde eingebüßt haben und nun nach monatelangem Siechtum in irgendeinem Lazarett sterben. Wiederholt gehen uns Klagen darüber zu, so jetzt wieder eine aus dem Reservelazarett in der Meierei Bolle in Alt-Moabit. Ein verstorbener Kriegsbeschädigter, der von dort aus auf dem Garnisonfriedhof beerdigt werden sollte, fand kaum die Träger, die seine Leiche zu Grabe trugen; man hatte einfach keine bestellt, und wenn sich nicht die Leichenträger von der vorhergehenden Beerdigung bereit gefunden hätten, dann wären die an der Leichenfeier teilnehmenden Kriegsbeschädigten schließlich gezwungen gewesen, den schweren Sarg zu transportieren. Verständlich ist daher die Erbitterung dieser Leute, die dann sehen müssen, wie Angehörige der Reichswehr noch mit allem militärischen Pomp, mit Musik und Ehrensalven, zu Grabe getragen werden. Auf Musik und Ehrensalven würde man wohl gern verzichten, aber ein wenig anständiger könnten auch die Lazarettinsassen unter die Erde gebracht werden.

Bezugsscheine für Kartoffeln.

Der Berliner Magistrat veröffentlicht eine Bekanntmachung an den Anschlagsäulen, in der die grundlegenden Bestimmungen für diejenigen Personen enthalten sind, die Kartoffeln von auswärts aus Erzeugerkreisen beziehen wollen. Anträge sind im Bureau der Kartoffelversorgung vom 25. September bis 15. November 1919 werktäglich von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags zu stellen. Zur Vermeidung von Ansammlungen sollen Antragsteller mit dem Anfangsbuchstaben A—G am Montag und Dienstag, diejenigen mit H—P am Mittwoch und Donnerstag und diejenigen mit Q—Z am Freitag und Sonnabend einer jeden Woche die Anträge stellen. Bei dem Antrage sind vorzulegen: Bescheinigung der Brotkommission über Name, Wohnort und Kopfzahl der Familie, die Kartoffelkarte, der ausgefüllte Frachtbrief, ein mit der genauen Adresse des Verladers und mit Freimarke (15 Pfg., ab 1. Oktober 20 Pfg.) versehener Briefumschlag. Der Antragsteller muß den genauen Namen und die Wohnung des Erzeugers, von dem er die Kartoffeln zu beziehen wünscht, und den Landkreis, in dem der Ort gelegen ist, angeben. Es sind gleichzeitig zu entrichten: 25 Pfg. Bezugsscheingebühr, zur Deckung der entstehenden Portoauslagen und Unkosten 55 Pfg., endlich für jeden beantragten Zentner 20 Pfg., die vom Magistrat an die Lieferkreise abgeführt werden.

Von der Berliner Wohnungsnot.

Die Hoffnung, in Berlin über die Wohnungskrise am 1. Oktober hinwegzukommen, ist nur begründet, wenn der Zustrom der Flüchtlinge und ortsfremden Personen nicht in derselben Weise wie bisher anhält. Da ein Abflauen dieses Zustroms noch immer nicht zu verspüren ist, wird nochmals dringend gewarnt, nach Berlin zu ziehen. Die lokalen Behörden würden sonst nicht mehr in der Lage sein, die Wohnungsuchenden unterzubringen. Wahrscheinlich werden in den nächsten Tagen die Groß-Berliner Gemeinden ermächtigt, alle freiwerdenden Mietsräume der Vermietung durch die Wohnungsämter zu unterstellen. Es soll in jedem einzelnen Falle streng nachgeprüft werden, ob ein wirkliches Bedürfnis zur Inanspruchnahme einer neuen Wohnung vorliegt.

Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt waren, dürfen ohne vorherige Zustimmung des Wohnungsamts nicht zu anderen Zwecken, insbesondere nicht als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräume verwendet werden. Jede Zuwiderhandlung ist strafbar. Ein dieser Bestimmung widersprechender Zustand kann erforderlichenfalls im Wege des Zwanges beseitigt werden.

Siedlungsanlagen in Berlin.

Der Magistrat Berlin hat beschlossen, zwei Siedlungsanlagen, eine auf dem Gelände des eingemeindeten Teiles der Jungfernheide, zwischen der Afrikanischen Straße dem an der Seestraße gelegenen Friedhöfen, der Straße am sogenannten Dauerwald und der verlängerten Transvaal Straße und eine zweite in Buch, sofort zu schaffen. In Buch sollen 56 Wohnhäuser teils als Doppel-, teils als Reihenhäuser nebst Stallungen für Kleinvieh und Nutzgärten, errichtet werden, die von der Zentrale Buch verwaltet werden sollen.

Schieber und Fälscher. Seit Mitte Juni etwa wurden einem badischen Zollamt Einfuhrbewilligungsscheine vorgelegt, die auf je 20 000 Kilogramm Nährmittel aus Zürich für den Grenzschutz Ost lauteten und die Unterschrift des Leiters der Sanitätsabteilung im Kriegsministerium, Generaloberarzt Dr. Schulzen neben dem Stempel der Abteilung 11 trugen. Das Zollamt wurde um Auskunft ersucht, ob auf einen solchen Schein hin aus der Schweiz Lebensmittel, insbesondere Schokolade, nach Deutschland ausgeführt werden dürften. Es verneinte die Frage, weil die Scheine nicht die vorgeschriebene Unterschrift des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr trugen. Ein solcher Schein wurde dem Kriegswucheramt in Karlsruhe zur Prüfung vorgelegt, und es bestärkte sich bald der sofort aufgetauchte Verdacht, daß der Schein gefälscht sei. Das Landespolizeiamt wurde nun mit der Aufklärung betraut und ermittelte, daß der Urheber der mehrfachen Fälschung im Kriegsministerium selbst sei. Es war ein Angestellter des Sanitäts-Departements namens Willi Reschke, der schon früher dort als Unteroffizier und Beamtenstellvertreter tätig gewesen war. Er hatte ungemein geschickt die Einfuhrscheine, den Stempel und die Unterschriften gefälscht und dann die Scheine für je 2000 Mark verkauft. Auch in der Schweiz ist mit solchen von Reschke gefälschten Scheinen ein schwunghafter Handel betrieben worden. Der Fälscher sitzt bereits hinter Schloß und Riegel. Die Personen und Firmen, die sich der von Reschke gefälschten Scheine bedient haben, sind dem Landespolizeiamt ebenfalls bekannt, auch weitere Verhaftungen sind bereits erfolgt.

Das Gerücht von einem Morde war gestern vormittag im Südosten der Stadt verbreitet. In der Sorauer Straße 8 wurde eine 46 Jahre alte, aus Lauenburg gebürtige Hermine Fedrow gestern vormittag auf ihrem Bette liegend tot aufgefunden. Flecke am Halse, die Würgemale zu sein schienen, und Verletzungen am Kopf legten den Verdacht eines Kapitalverbrechens nahe. Auf Benachrichtigung durch das 79. Revier erschienen deshalb der Chef der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe, mit den Kommissaren Tegtmeyer und Boese von der Mordkommission und der Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch, um den Befund aufzunehmen und sofort alle etwa erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Es ergab sich jedoch, daß kein Verbrechen vorliegt. Die vermeintlichen Würgemale erwiesen sich als Totenflecke, die Verletzung am Kopfe rührt von einem Fall her. Die Fedrow machte am vergangenen Sonnabend eine ausgedehnte Kneipreise mit einem Manne. Eine Zeugin sah sie erst am Sonntag nachmittag um 3 Uhr schwer betrunken heimkehren. Die Kopfverletzung hatte sie sich auf dieser „Kneiptour" zugezogen. Ohne Zweifel ist sie in der Trunkenheit einem Herzschlag erlegen.

Wegen Totschlags an ihrem Manne verhaftet wurde gestern die Kellnerfrau Anna Trautmann geb. Degen aus der Dresdenerstraße 8. Die Frau erschien auf der Wache des zuständigen Reviers und zeigte an, daß ihr 44 Jahre alter Mann gestorben sei. Ein Attest, das als Todesursache Herzschlag angab, fiel in seiner ganzen Art so auf, daß es Verdacht erregte. Es erwies sich denn auch als gefälscht. Bei einer Besichtigung der Leiche ergab sich, daß der Tote eine klaffende Kopfwunde hatte. Ins Gebet genommen, gab die Frau zu, daß sie ihren Mann im Streit mit einer Feile erschlagen habe. Sie behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben. Sie wurde festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Ummeldung des Zuckerbezuges beim Kleinhändler. Wer vom 1. Oktober 1919 ab seinen Zucker von einem anderen Kleinhändler als bisher beziehen will, muß die Ummeldung in der Zeit vom 25. September bis 5. Oktober d. J. einschließlich bewirken. Die Kleinhändler sind verpflichtet, die Kontrollabschnitte derjenigen Zuckerkarten, mit welchen ein Wechsel des Kleinhändlers vorgenommen werden soll, den Bezugsberechtigten herauszugeben. Diese Kontrollabschnitte sind denjenigen Kleinhändlern, welche vom 1. Oktober d. J. ab Zucker liefern sollen, zu übergeben, und von diesen mit dem Vermerk „Ummeldung" und ihrer Firma versehen der Zuckerversorgungsstelle, Kommandantenstraße 80/81, bis zum 10. Oktober d. J. einzureichen. Die Zuckerversorgungsstelle stellt die Kontrollabschnitte nach Kenntnisnahme den Kleinhändlern zur Einordnung in die Kundenlisten wieder zu.

Käseverteilung: Bis Sonnabend in den Bezirken der 138., 139., 140., 143., 144., 145., 149., 150., 151. und 224. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Käse.

Der erhebliche Rückgang in der Magermilchbelieferung bedingt es, von Donnerstag auf weiteres nur Serie 1, das heißt, die Kinder im Alter von 6—[illegible] Jahren mit je ¼ Liter Magermilch pro Woche zu beliefern.

Auf Abschnitt 47 der Süßstoffkarte H entfallen im September 1919 zwei Päckchen Süßstoff H-Packung zum Preise von je 50 Pfg. Die Abschnitte 1—44 dürfen im September 1919 nicht mehr eingelöst werden.

Spandau. Freitag Butter auf Abschnitt 1 50 Gramm. Sonnabend Margarine auf Abschnitt 1 50 Gramm. Die städtischen Spezialverkaufsstellen sind mit frisch eingetroffenem Weißkohl beliefert worden.

Pankow. Am Mittwoch 250 Gramm amerikanische Speckwaren.

Alt-Glienicke. 500 Gramm Nudeln, 125 Gramm Kartoffelstärkemehl, 250 Gramm Maisfabrikate, 250 Gramm Saubohnen, 250 Gramm Marmelade, 30 Gramm Butter, 70 Gramm Margarine, 125 Gramm Faustkäse, amerikanischer Speck auf Fleischkarte, 15 Pfund Kartoffeln, frisches Gemüse, soweit der Vorrat reicht. Beste Vollheringe (nicht tranig) 63 Pfg. das Stück freihändig. Mirabellen- und Pflaumenkonserven in Weißblechdosen. Für Kriegsbeschädigte 1 Pfd. Graupen, für Kranke Haferflocken. Am Mittwoch von 8—12 und 2—6 Uhr Verkauf von Saatkartoffeln für die Einwohner des Ortsteils Falkenberg auf dem Gut Falkenberg. Am Donnerstag von 8—12 und 2 bis 6 Uhr für die Einwohner Alt-Glienickes, in der Mädchenschule Rudower Straße.

Aus den Organisationen.

Sechster Kreis. 13. Distrikt. 6., 7. u. 8. Abteilung. Heute Mittwoch abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Gleimstraße 49. Tagesordnung: 1. Wahl der Distriktsleitung. 2. Vortrag über „Die Jugend". 3. Diskussion. Mitgliedsbuch legitimiert. — 10. Distrikt. 1. Abteilung. Mittwoch, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Büttner, Schwedter Straße 23/24. Tagesordnung: 1. Vortrag, Neureform des Groß-Berliner Arbeiterrats. 2. Diskussion.

Steglitz. Mittwoch abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Realschule am Stubenrauch-Platz.

Lichterfelde. Donnerstag abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Littschwager (früher Erpel). Vorstandsmitglieder um 7 Uhr.

Friedrichsfelde. Heute, Mittwoch, Zahlabend in den Gruppen.

Lichtenberg, 3. Viertel. Viertelversammlung bei Tempel, Bellevue... Beginn 7½ Uhr mit Referat.

Reinickendorf-West. Der Leseabend findet heute nicht statt.

Hermsdorf-Waidmannslust-Glienicke. Mittwoch 8 Uhr abends im Lokal von Leffler, Hermsdorf, öffentlicher Vortrag. Dr. Ausländer über die sozialistische Schule.

Vereinskalender.

Sozialistische Studentenpartei. Heute abend 8 Uhr im Salon Cassirer, Viktoriastr. 35, Vortrag über Kommunismus und Terrorismus in Rußland.

Vollversammlung der Arbeitslosenräte Berlins und der Vororte am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig.

Jugendliche Betriebsvertrauensleute, Schülerräte der Fach- und Fortbildungsschulen. Heute abend von 6—9 Uhr im Jugend-Sekretariat Abrechnung des Kampffonds. Legitimation notwendig. Donnerstag, abends ½8 Uhr, im Jugend-Sekretariat Vollversammlung.

Jugendliche Vertrauensleute Lichtenbergs! Heute Mittwoch, abends 7½ Uhr, Vollversammlung im Jugendheim, Dossestraße 22.

Verband der Bureauangestellten, Jugendsektion. Am Mittwoch abends 8 Uhr Königstadt-Kasino, Alexanderstr. 21, Versammlung der jugendlichen Angestellten aller Branchen.

Allgem. human. Kulturbund. Donnerstag abends 7½ Uhr, Charlottenstraße 7: Red. Ullrich über: „Idealismus und Materialismus". — Freie Aussprache. Eintritt frei!

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte und Obleute der Reichs- und Staatsbetriebe. Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, im Eisenbahndirektionsgebäude Schöneberger Ufer 1/4 (Großer Saal) Sitzung.

Vertrauensleute der Lazarette. Am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, Vollversammlung sämtlicher Vertrauensleute der Groß-Berliner Lazarette im Lokal von Linsemeyer, Kesselstr. 19. Lazarettkommission Groß-Berlin, Hundertmark, Schwansbeck.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Bezirk Norden I. Nicht Mittwoch, sondern Montag Gellertstr. 35 (Kristallpalast) Bezirksversammlung.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde", Agitationsbezirk Teltow. Am Donnerstag 7½ Uhr in Neukölln, Boddinstr. 57, Ecke Isarstraße, bei Prohaska, Vortragsabend. Thema: „Das Volkslied in sozialer und ethischer Beziehung". Referent: Gen. Leo Kestenberg.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Mittwoch 7 Uhr in den „Bubl-Sälen", Neue König-, Ecke Wadzeckstraße, wichtige Versammlung.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Der Zahl-Abend

ist die beste Gelegenheit, aufklärend in den Kreisen der Genossen zu wirken. Unermüdlich muß für die Verbreitung der „Freiheit" geworben, unermüdlich auch darauf hingewiesen werden, daß die „kleinen Anzeigen" nicht in die bürgerliche Presse, sondern in das Partei-Organ der U.S.P. gehören. Stützt kraftvoll euer Blatt.

„Criminalia" Detektiv-Institut + BERLIN W 62, Lutherstrasse 5 — Direktion: H. Rühl — Telephon: Lützow 61. Telegramm-Adresse: Criminaliarühl.
Das Institut bearbeitet in seinen Spezial-Abteilungen: Kriminal- und Strafsachen sowie Privatklagen. Zivil- u. vermögensrechtliche Angelegenheiten. Ermittelungen und Beobachtungen aller Art im In- und Auslande. Reisebegleitung. Wohnungsschutz, Transportbewachung und Kontrollen. Angelegenheiten des Handels und der Industrie.
Diskreteste Erledigung besonderer Aufträge durch absolut zuverlässige Beamte. Dem Institut steht als ständiger Rechtsberater ein Rechtsanwalt sowie ein Sachverständiger für Buch- und Schriftfälschungen usw. zur Seite. Eigener Chemiker für Analysen und Untersuchungen vorhanden. Sprechzeit: Wochentags 9-12 u. 3-7 Uhr. Sonntags 10-1 Uhr. Außer dieser Zeit nach vorheriger telephonischer Vereinbarung. Ständiger Wachdienst.
Vertreten auf allen größeren Plätzen des In- und Auslandes.

Künstliche Zähne mit echtem Parakautschuk. Goldkronen u. Brücken. Präzisionsarb., Rep. u. Umarbtg. sof. Ueber 30 Jahre tätig. Keine Luxuspreise. Zahnpraxis Grüzer, Prinzenstr. 66 a. [illegible] Straße. Fernspr.: Moritzplatz 11300.

Hohe Belohnung! Rucksack mit Löhnung Sonnabend Vorortzug Nauen 6[illegible] unbemitteltem Lehrling, der vollen Ersatz leisten muß, abhanden gekommen. Finder gebeten, abzugeben. Pust, Berlin, Chausseestr. 8.

Zu den bedeutend erhöhten Preisen kaufen jede Menge Platin, Gold, Silber, Münzen, salpeters. Silber, Quecksilber sowie **sämtliche Metalle** Kupfer, Rotguß, Messing etc., Glühstrumpfasche, Zahngebisse (Zahn bis 25 Mark).
Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei Weberstraße 31 (Alexander 4243)

PANKOW Unsere Spedition ist von der Brahmestraße 46 nach Mühlenstraße 20, Eingang Florastraße, Laden verlegt worden. Wir bitten unsere Abonnenten, Genossen, davon Kenntnis zu nehmen. Die Zeitungskommission. Leinroth.

Stenotypistin, durchaus perfekt, jüngeres Mitglied der U.S.P.D. wird zum sofortigen Antritt gesucht. Ausf. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter R. H. 10 an die Expedition der „Freiheit".

Abessinier-Pumpen [illegible] Robert Belen, Pumpenfabrik, Berlin, [illegible] (12 Min. v. Schles. Bahnh. entfernt).

Zahle Provision für den Nachweis elektr. Installationsarbeiten NW. 52, Paulstraße 10. Telephon: Moabit 9190.

Kaufe höchstzahlend Kabel, Litzen, Motore, Leitungsdrähte, Schreibmaschinen, sowie sämtl. Installationsmaterial. Elektr. Werkst. Neukölln Kottbuser Damm 96, Eingang Schinkestraße.

Felle aller Art gerbt, Pelze reinigt **Gerberei Neukölln** Hermannstr. 8.

Kauf Phonographen-Walzen jeden Posten zu guten Preisen. R. Hachemeister, G. m. b. H., Charlottenb., Windscheidstr. 5.

Kupfer — Messing — Quecksilber Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Altmetalle kaufen: Peters, Prenzlauer Straße 24, Peters, Reinickendorfer Straße 12, Möhes, Waldstraße 2, Ecke Turmstraße, Ermel, Lubener Straße 59, an der Frankfurter Allee, Derener, Schöneberg, Bahnstraße 46.

Landparzellen Kolonie Röntgenhöhe-Zepernick, ½ Std. vom Stettiner Vorortbahnhof, günstig gelegen, mit bestem Boden für Obst- u. Gemüsezucht. Parzellen von 1800 Mk. an, auch bei kleinerer Anzahlung zu günstigen Zahlungsbedingungen. Ständiges Wohnen im Sommerhäuschen erlaubt. Kolonisten Fahrpreisermäßigung. **W. Koschutzky** C 54, Rosenthaler Str. 39 Norden 3002. 9—½4.

Zigaretten, englische wie deutsche nur bekannte Marken **Winkler,** Schmidstraße 38 Ecke Schäferstr.

Zigaretten, ersikl. Manoli, Josetti, Sport, Zuban etc., billig. Mayer, Schäferstr. 7, 1 Tr. (Annenstr.)

Sealmantel, Waldfuchs, Kreuzfuchs, erleichterte Zahlungsbedingung Pelzhaus Abuco, Leipziger Straße 81 I.

Dynamodrähte, Kupferkabel, Installationsmaterial jed. Posten, auch Elektromotoren kaufen **„Mody"!** Schöneberg, Vorbergstraße 3. Amt Stephan 4014.

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Spulen, Dynamodrähte u. Motoren kauft **Borgwardt,** Prinzenstraße 64, Moritzplatz 3363.

Schreibmaschinen sichtbare Schrift, gut erhalten, kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer. **Hugo Schroeder,** Charlottenburg, [illegible] Wilh. 4720.

Piano bis 2000 M. sucht Bick, Zionskirchplatz 1.

Elektromotore Gleichstrom u. Drehstrom kauft Ingenieurbureau Schl[illegible] Berlin W 9, Linkstr. 16. Tel.: Lützow 3703 und [illegible]

Magnete Bosch HL 6, 4 Zyl. u. Ersatzteile, wie Unterbrecher, Verteilerscheiben etc. Zündkerzen, kft. Schriftl. Angebote erb. Rudner, Bln. Lessingstr. 19.

Kranke Ziegen, Kaninchen, Geflügelkrankheiten erfolgreiche Behandlung. Spezialrezepte. Hunde-Krankheiten. Vergiften. Höckerschneiden nur vormitt. nach Anmeldung. Mäßiges Honorar. **Tierarzt Jüling** Lübbener Str. 20, a. Schlesisch. Tor. 8—10, 2—4. Sonnt. 11—1.

Kernfutter spottbillig für Hühner, Kaninchen Pfund —.30, Vogelfutter Pfund —.[illegible], prima Tauben aller Art, sämtliche Tiere billig. Wiederverkäufer billiger. Waldemar, Neukölln, Hobrechtstraße 28, Quergeb. 1.

Botenfrauen sucht Spedition Wilmersdorf, Hindenburgstr. 34.

Botenfrauen für die „Freiheit" werden eingestellt in der Spedition Wutzki, Johann[illegible]

Genossen! Beachtet die Inserenten!